

28/1995

Bundeshaushalt 1996

Stabilitätsgerecht und vertrauensbildend

„Auf seinem Guthabenkonto verbuchen“ könne Theo Waigel den Haushaltsentwurf 1996 - so zitiert der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU, Adolf Roth, aus dem Presseecho auf den neuen Bundeshaushalt und hebt insbesondere diejenigen vier Grundaussagen hervor, die die Steuerzahler vor allem interessieren:

1. Erstmals seit mehr als vierzig Jahren sinken die Ausgaben gegenüber dem vorangehenden Etat um sechs Milliarden DM oder 1,3 Prozent und signalisieren damit Vorteile für die Finanzmärkte, für Investoren und Verbraucher.

2. Haushalt 1996 und Finanzplan bis 1999 senken die überhöhte Staats- und Abgabenquote ab, so daß der Anteil der um Kindergeldzahlungen bereinigten Bundesausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 12,4 Prozent 1995 auf 11,3 Prozent 1999 sinkt.

3. Der Haushalt 1996 entlastet Steuerzahler, Verbraucher und Wirtschaft um 29 Milliarden DM oder 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

4. Die Nettokreditaufnahme liegt mit knapp 60 Milliarden DM exakt in dem im alten Finanzplan vorgesehenen Rahmen.

Adolf Roth: Dieser Bundeshaushalt ist ein Super-Sparhaushalt, stabilitätsgerecht und vertrauensbildend, ein wichtiger Beitrag für nachhaltiges Wachstum und für mehr Arbeitsplätze. ■

HEUTE AKTUELL

● **Besuch in Südafrika**
Nelson Mandela: Ein großes Ereignis für unser Land. Seite 2

● **Bundeshaushalt 1996**
Bundesfinanzminister Theo Waigel: Diese Koalition bekennt sich zum Festhalten am Konsolidierungskurs. Seite 4-11

Wolfgang Schäuble: Auf die Unterstützung von CDU und CSU, Herr Bundeskanzler, können Sie sich verlassen. Seite 12-17

● **Argumente zum Quorum**
Claudia Nolte: Ohne Frauen keine Volkspartei. Seite 19

● **Nordrhein-Westfalen**
Herbert Reul: CDU mit Doppelstrategie gegen Rot-Grün. Seite 26

● **Dokumentation**
Bundeskanzler Helmut Kohl: Diese Regierung hat erfolgreich, kontinuierlich und solide gearbeitet. Rede vor dem Deutschen Bundestag in der Aussprache über den Bundeshaushalt 1996. Grüner Teil

„Ein großes Ereignis für unser Land“

Das Lachen von Nelson Mandela und Helmut Kohl ist ungekünstelt, die Stimmung prächtig, als sich die Staatsmänner in Kapstadt die Hände schütteln. „Ich muß Herrn Kohl nicht vorstellen“, sagt der südafrikanische Präsident. „Sein Besuch ist ein großes Ereignis für unser Land.“ Der Kanzler gibt das Kompliment zurück: „Nehmen Sie meinen Besuch als Botschaft des Respekts für Sie und Ihre Lebensleistung.“

Westdeutsche Allgemeine

Hohe Erwartungen

Die Stimmung ist ganz offensichtlich gut. Überall wird der Bundeskanzler beim ersten Besuch am Kap der Guten Hoffnung mit offenen Armen empfangen. Schließlich ist Deutschland ja auch nach den USA und noch vor Großbritannien der zweitwichtigste Handelspartner Südafrikas.

Verständlicherweise sind daher die Erwartungen hoch, die Pretoria gegenüber der wirtschaftlich starken Bundesrepublik hegt.

Kölnische Rundschau

Schwieriges Terrain

Als erster deutscher Regierungschef besucht Helmut Kohl Südafrika. Der Bundeskanzler bewegt sich auf schwierigem Terrain. Argwöhnisch blicken die Briten, Südafrikas traditionelle Partner, auf den Bonner Staatsbesuch bei Mandela. Deutsche Wirtschaftshilfen für Südafrika und massive Wirtschaftsinteressen großer deutscher Unternehmen wie Daimler stehen im Vordergrund, nicht politische. Nicht umsonst die hochkarätige Besetzung der Wirtschaftsdelegation. Kohl hat Mandela Aufbauhilfe versprochen. Zu recht.

Express

Zuversicht demonstriert

Kohl demonstriert in Südafrika wie in bezug auf Südafrika seinen Hauptcharakterzug: Zuversicht. Der entspricht sein symbolträchtiges Gastgeschenk: die Balkenhol-Skulptur „Clobal Couple“, die eine Weltkugel mit einer schwarzen Frau und einem weißen Mann darstellt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Mandela und Kohl

Es ist ohne Zweifel ein ganz besonderes Treffen in Kapstadt. Da begegnen sich zwei Politiker, deren größtes Problem die Einigung und die Einheit ihres Landes ist:

Pressestimmen

zum Besuch

von Bundeskanzler

Helmut Kohl

in Südafrika

*Überall am Kap der
Guten Hoffnung mit
offenen Armen empfangen*

Helmut Kohl, nach dem Abgang François Mitterrands unbestritten der angesehenste europäische Staatsmann, und Nelson Mandela, der erste freigewählte Präsident Südafrikas, schon zu Lebzeiten eine Jahrdertfigur. Natürlich sind die Probleme Deutschlands und Südafrikas nicht miteinander zu vergleichen.

Zu groß ist die Armut in Südafrika, und die Renssenschranken haben die Menschen dort weiter voneinander entfernt, als selbst Mauer und Todesstreifen dies vermochten. Und doch muß in beiden Ländern das Gefühl der Zusammengehörigkeit noch wachsen. Südafrika stützt sich bei seinem Aufbau auf zahlreiche deutsche Vorbilder: Der deutsche Föderalismus ist ebenso Vorbild wie das Verfassungsgericht in Karlsruhe. Von der Notenbankpolitik bis hin zum föderalen Bildungssystem lehnt sich Kapstadt an deutsche Vorbilder an. Darüber hinaus kann Südafrika an die Entwicklung, die es genommen hat, heute selbst als Vorbild in dieser Welt dienen, sieht man sich die zahllosen Krisen- und Kriegsgebiete an, an die wir uns so sehr gewöhnt haben, daß wir sie kaum noch registrieren. Andere Regionen, wo ebenfalls zumindest ernsthafte Versuche gemacht werden, bisher verfeindete Menschen zum Frieden zu führen, sind bisher auf diesem Weg längst nicht so weit gekommen wie das Land an der Südspitze Afrikas. Südafrika unter Präsident Mandela kann, wie Helmut Kohl es in seiner Rede vor beiden Häusern des Parlaments zu Recht gesagt hat, als Vorbild für friedlichen Wandel gelten.

Sozialer Friede und politische Stabilität aber werden erst gesichert, wenn Arbeitsplätze entstehen. Deshalb ist es um so erfreulicher, daß sich der Kanzler mit einer großen Delegation von Wirtschaftsführern diesmal nicht, wie in den letzten Jahren üblich und sicher auch notwendig, nach Asien, sondern eben nach Südafrika begeben hat.

Stuttgarter Zeitung

Zauberformel mit drei Buchstaben

Kohl kommt zu einem Zeitpunkt, da die Erwartungen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit hochgespannt sind wie

kaum je zuvor. Die Zauberformel, die dem politischen Über- einen soliden ökonomischen Unterbau geben soll, hat drei Buchstaben: RDP; das heißt: Reconstruction and Development Programme.

Hannoversche Allgemeine

Der Bundeskanzler hat an seinem Willen zur Hilfe keinen Zweifel gelassen

Noch braucht die Reformpolitik, die weltweit so viel Bewunderung erfährt, eine wirtschaftliche Absicherung. Und da ist deutsche Hilfe mehr als willkommen. Sie böte den Südafrikanern auch die Chance, anders gutes Geld zu verdienen als zum Beispiel mit zweifelhaften Waffenexporten. Die Erwartungen, die an den deutschen Besuch geknüpft werden, sind in Südafrika groß. Man will tatsächlich die neue Dimension in der Beziehung zum bislang schon wichtigsten Handelspartner. Und der Bundeskanzler hat keinen Zweifel an seinem ausdrücklichen Willen gelassen, einen bedeutenden Schritt zu engeren Wirtschaftsbeziehungen zu tun. Als seine persönliche Herzensangelegenheit hat der Kanzler die Förderung der beruflichen Bildung in Südafrika bezeichnet. Investitionen deutscher Firmen haben für die rasch wachsende Bevölkerung Zehntausende von Arbeitsplätzen geschaffen. Das ist auch im deutschen Interesse eine gute Basis für engere Zusammenarbeit, bietet sich doch Südafrika als Sprungbrett für Investitionen auch in anderen afrikanischen Staaten an. Der Kanzler hat Präsident Mandela für das kommende Jahr zum Gegenbesuch nach Deutschland eingeladen. Spätestens dann kann zum Abschluß gebracht werden, was diesmal noch unerledigt liegen bleibt. Es gibt Grund zur guten Hoffnung am Kap.

Westdeutscher Rundfunk

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Diese Koalition bekennt sich zum Festhalten am Konsolidierungskurs

Mit dem Bundeshaushalt 1996, dem Finanzplan bis 1999 und unserer Steuerpolitik im Rahmen der symmetrischen Finanzpolitik setzen wir den Erfolgskurs entschlossen und konsequent fort. Wir haben viel erreicht. Dennoch sind die vor uns liegenden Aufgaben noch groß. Noch immer sind die Staatsquote, das Budgetdefizit, die Steuer- und Abgablast als Folge der Einheit zu hoch. Bis zum Jahre 2000 werden wir hart arbeiten, um bei den wichtigen finanzpolitischen Kennziffern den Stand Ende der 80er Jahre zu erreichen.

Die Staatsquote soll von jetzt etwa 50,5 Prozent auf etwa 46 Prozent zurückgeführt werden. Die entstehenden Spielräume sollen zu gleichen Teilen in die Senkung der Defizite und der Steuerlast investiert werden. Mit dem Bundeshaushalt und dem Finanzplan liegt unser Fahrplan für das Erreichen dieser Ziele heute auf dem Tisch. Sie sind auf das Konzept der symmetrischen Finanzpolitik abgestimmt.

Deutschland steht vor großen internationalen Herausforderungen – ein immer härterer Wettlauf und Wettbewerb in der Europäischen Union und in der Weltwirtschaft um die Produkte, um Technologien und die Märkte der Zukunft, eine zunehmende Sensibilität der Finanzmärkte und globale Kapitalknappheit angesichts steigenden Kapitalbedarfs in den Ländern Mittel- und Osteuropas und in den Entwicklungsländern – sowie vor weltweit hoher Arbeitslosigkeit und globalen ökologischen Aufgaben. Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen.

Mit unserer Finanzpolitik sichern und profilieren wir den Standort Deutschland für Unternehmen und Kapitalanleger auch im nächsten Jahrzehnt. Wir schaffen ein positives Umfeld für zukunftsorientierte Innovationen und Investitionen, die auch den ökologischen Erfordernissen Rechnung tragen. Wir fördern zukunftssichere Arbeitsplätze und sichern unseren Wohlstand und die Lebensqualität. Wir machen Vorgaben für eine zukünftige Finanzpolitik in

Aus der Rede des Bundesministers der Finanzen, Theo Waigel, am 5. September zur Einbringung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1996 und des Finanzplans des Bundes 1995 bis 1999

der Europäischen Union. Unabdingbare Voraussetzung für den Beginn und danach für die Fortführung der dritten Stufe der Währungsunion muß ein erfolgreicher Stabilitätskurs sein.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir das Haushaltsmoratorium einhalten, neue Ausgaben nur durch Einsparungen und Umschichtungen finanzieren und die Ausgabensteigerungsrate deutlich unter der Steigerungsrate des Bruttosozialprodukts halten. Der Bundeshaushalt 1996 ist ein kräftiger Schritt auf dem Weg zu unseren

Zielen. Die Gesamtausgaben betragen 452 Milliarden DM. Bereinigt um die Systemumstellung des Kindergeldes sinken sie gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozent.

Sparen und gestalten

Die Früchte dieser glaubwürdigen Politik ernten wir bereits jetzt durch nach wie vor gute Konjunkturaussichten, durch ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in diesem und auch im nächsten Jahr, durch stabile Preise, niedrige Zinsen und eine harte D-Mark. Diese Ernte wollen wir auch in den nächsten Jahren einfahren. Dafür steht unsere glaubwürdige und verlässliche Finanzpolitik. Es geht dabei nicht nur um Sparen, so wichtig das auch ist. „Sparen und gestalten“ ist das Motto des Haushalts 1996. In neun Einzelplänen kommt es 1996 zu nominalen Rückgängen. Das ist schwierig zu verkraften.

In vielen Bereichen dieses Etats setzen wir trotzdem zukunftsorientierte neue Prioritäten. Von den Einsparungen insgesamt ausgenommen werden der für die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft so wichtige Bereich Bildung und Forschung und der Verteidigungsetat, der bereits in den vergangenen Jahren mit erheblichen Einsparauflagen belastet wurde.

Mit 59,84 Milliarden DM bleibt die Nettokreditaufnahme knapp unter der Obergrenze von 60 Milliarden DM, der im letzten Finanzplan gesetzten Maßlatte. Der Haushalt 1996 ist ein Sparhaushalt par excellence. Hinter den nackten Zahlen verborgen sich wichtige Veränderungen, die das Zahlengerüst des Haushalts beeinflusst haben. 1996 gibt es eine Steuer- und Abgabenerlastung um netto 27 Milliarden DM. Der Bund trägt davon 20 Milliarden DM: 12 Milliarden DM aus dem Jahressteuergesetz und etwa 8 Milliarden DM durch den Wegfall des Kohlepfennigs.

Die bisherige eigene Kreditaufnahme des Bundeseisenbahnvermögens 1995 in Höhe von bis zu 9,5 Milliarden DM entfällt. Zusätzlich waren aus der zweiten Stufe der Bahnreform 6 Milliarden DM und bei der Arbeitslosenhilfe 4 Milliarden DM im Budget unterzubringen. Diese Mehranforderungen an den Haushalt 1996 von etwa 35 Milliarden DM haben die Kreditaufnahme gegenüber 1995 nur um 10 Milliarden DM erhöht. Dies war nur durch eine äußerst sparsame Etataufstellung möglich.

Eine Vielzahl von Haushaltsansätzen haben wir gegenüber dem Vorjahr vermindert. Konjunkturbedingte Entlastungen bei den Ausgaben oder Mehreinnahmen haben wir konsequent zur Verringerung der Nettokreditaufnahme genutzt. Was 1992 und 1993 die automatischen Stabilisatoren waren, um konjunkturbedingte Mindereinnahmen und konjunkturbedingte Mehrausgaben durch eine erhöhte Nettokreditaufnahme auszugleichen, muß jetzt umgekehrt konsequent zur Schuldenreduzierung und zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme verwandt werden.

Bereits heute sind allerdings einige Zusatzforderungen an den Haushalt 1996 auf dem Tisch. Aus dem Vermittlungsergebnis zum Jahressteuergesetz 1996 kommen noch 1,6 Milliarden DM auf uns zu. Haushaltsrisiken gibt es noch beim Arbeitsmarkt, bei den Steuereinnahmen und bei den Zahlungen an die Europäische Union.

Berechenbare Risiken

Diese Risiken sind aber beherrschbar. Die Obergrenze von 60 Milliarden DM beim Defizit können wir einhalten, wenn wir der Konsolidierung und dem Moratorium auch im weiteren parlamentarischen Verfahren und im Haushaltsvollzug absolute Priorität einräumen.

Wenn die SPD aber schon wieder mit der alten stereotypen Leier „Haushaltslöcher“

kommt, kann ich nur sagen: Diese Mär kommt so sicher wie Ebbe und Flut. Wie jedes Jahr werden Sie schließlich erfahren müssen: Der Finanzminister hält seine Pläne nicht nur ein, in der Regel ist das Ergebnis noch um einiges günstiger – in den letzten zwei Jahren um die bescheidene Summe von gut 40 Milliarden DM.

Die Konjunktur- und Wachstumsaussichten bleiben günstig. Vereinzelte Befürchtungen, der niedrige Dollarkurs könne die Konjunktur kippen, haben sich Gott sei Dank nicht bestätigt. Die neuesten Konjunkturdaten zeigen: Der positive Trend ist nicht gebrochen, er wird lediglich vorübergehend gedämpft. Alle Experten erwarten einen Anstieg der Exporte und im nächsten Jahr auch eine deutliche Zunahme des privaten Verbrauchs.

Problem Arbeitslosigkeit

Die Investitionsdynamik in vielen Branchen geht weiter; die Kapazitätsauslastung ist deutlich gestiegen. Diese rasche Erholung der Wirtschaft nach der schwersten Rezession 1993 hat sich leider noch nicht im erwünschten Ausmaß auf den Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Insbesondere der Langzeitarbeitslosensockel bleibt ein Problem, das nicht kurzfristig gelöst werden kann. Dies hat auch Auswirkungen auf den Haushalt 1996.

Die allein vom Bund finanzierte Arbeitslosenhilfe bleibt auf hohem Niveau. Ohne Konsolidierungsmaßnahmen müßten 1996 Ausgaben von über 18 Milliarden DM eingeplant werden. Wir wollen das Problem der Arbeitslosigkeit engagiert angehen und die Menschen nicht allein lassen.

Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung und stellen die notwendigen Mittel bereit.

Darin kann sich aber eine mittel- und langfristig angelegte Finanzpolitik nicht erschöpfen. Um dem Problem auf die

Dauer zu begegnen, müssen wir an allererster Stelle die wachstumsorientierte Politik fortsetzen. Nicht mehr Staat und Umverteilung, sondern nur mehr Markt und Wachstum schaffen neue, zukunftssichere Arbeitsplätze. Dieser Kurs hat zwischen 1982 und 1992 immerhin 3 Millionen neue Arbeitsplätze gebracht.

Kein Billiglohnland

Immer wieder wird die These vertreten, der Gesellschaft ginge die Arbeit aus. Diese Aussage ist nicht zu halten. Wie die OECD zu Recht feststellt, hat insbesondere der Langzeitarbeitslosensockel vorwiegend strukturelle Ursachen. Arbeit in Deutschland ist produktiv, aber auch teuer. Deutschland kann und wird kein Billiglohnland sein. Unsere Zukunft liegt bei hochwertigen High-Tech-Produkten, bei der Luft- und Raumfahrttechnik, der Kern- und Biotechnologie, bei der modernen Informationstechnik und im Dienstleistungssektor. Hier müssen genug neue Arbeitsplätze entstehen.

Wir müssen neue Technologien unterstützen, ethisch verantwortbar, aber unvoreingenommen, mit Optimismus und dem Gründergeist, der Deutschland im 19. Jahrhundert vom Nachzügler bei der industriellen Entwicklung in eine Spitzenstellung gebracht hat.

Daneben sind gezielte Flexibilisierungen auf den Arbeitsmärkten dringend notwendig, beispielsweise neue Arbeitszeitmodelle, für die auch viele Beschäftigte aufgeschlossen sind. So kann der Einsatz der Produktionsfaktoren optimiert werden, und so können die Produktionskosten trotz hoher Löhne gesenkt werden. Neben dem Staat sind hier die Tarifpartner besonders in der Pflicht.

Dazu kommen gezielte Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Problemgruppen. So haben wir das erfolgreiche

Langzeitarbeitslosenprogramm erneut in Kraft gesetzt. Bis 1999 steht hier ein Gesamtvolumen von 3 Milliarden DM zur Verfügung. Finanziert wird dieses Bundesprogramm allein durch Umschichtungen. Geprüft werden muß aber auch, ob nicht bei den Leistungen bei Arbeitslosigkeit Anpassungsbedarf besteht. Die Anreize zur Arbeitsaufnahme müssen stimmen. Problemgruppen muß gezielt geholfen werden. Die Unterstützung darf aber nicht zum Verweilen im sozialen Netz einladen.

Es ist unser Ziel, Bezieher von Arbeitslosenhilfe rasch und dauerhaft wieder in den Arbeitsmarkt zu reintegrieren. Diese Maßnahmen sollen ab dem 1. April 1996 greifen und zu Einsparungen von 2,8 Milliarden DM führen. In den Folgejahren werden 3 Milliarden DM erwartet. Mehrbelastungen für Länder und Kommunen durch diese Regelungen gibt es per Saldo nicht.

Im Rahmen der Novelle zum Asylbewerberleistungsgesetz kommt es zu einer kompensierenden Entlastung von Ländern und Kommunen in Höhe von jährlich 1,3 Milliarden DM.

Geringere Zinsausgaben

Die um insgesamt knapp 40 Milliarden DM geringere Neuverschuldung der Jahre 1994 und 1995 sowie das günstige Zinsniveau vermindern die Zinsausgaben im Jahre 1996 um rund 3,1 Milliarden DM. Der um etwa 20 Milliarden DM geringere Schuldenstand des Erblastentilgungsfonds – wir gehen zur Zeit von 360 Milliarden DM aus – ist der Grund für Minderausgaben in diesem Bereich von 2,5 Milliarden DM.

Das Thema schlanker Staat steht weiterhin auf der Tagesordnung. Für die Bundesregierung bedeutet dies insbesondere, den eingeschlagenen Weg der Personalreduzierung fortzusetzen.

Trotz der Einsparungen und Ausgabenbegrenzungen im Haushalt setzen wir zukunftsweisende Schwerpunkte und neue Akzente. So bleibt der Verkehrshaushalt mit knapp 51 Milliarden DM unverändert der drittgrößte Einzelplan. Mit Investitionen von über 23 Milliarden DM bleibt er mit weitem Abstand größter Investitionshaushalt. Zur teilweisen Finanzierung der zweiten Stufe der Bahnreform werden die Bahninvestitionen auf dem Niveau des Jahres 1994 – in Zahlen: 7,7 Milliarden DM – fortgeschrieben; das bedeutet gegenüber dem Finanzplan eine Einsparung. Die Mittel für die Investitionsausgaben können aber durch zusätzliche Einnahmen aus dem Verkehrsbereich, z. B. durch die Veräußerung nicht betriebsnotwendiger Bahngrundstücke, wieder aufge bessert werden. Wir werden dieses Instrument nutzen und voranbringen. Die Aufwendungen für Forschung und Technologie steigen um fast 270 Millionen DM bzw. 2,9 Prozent.

Akzent im Bildungsbereich

Der Haushaltsentwurf 1996 setzt darüber hinaus ein deutliches Zeichen für strukturelle Reformen im Bildungsbereich. Ab dem Wintersemester 1996/97 wollen wir das Studenten-BAföG umstrukturieren. Diese Reform sieht eine Umstellung des bisher aus dem Haushalt finanzierten Darlehensanteils auf Bankendarlehen vor. Der Staat gewährleistet die Zinsfreiheit durch eine befristete Übernahme der Zinsen bis zum vierten Jahr nach Ende der Förderungshöchstdauer. Darüber hinaus soll das Ausfallrisiko bis vier Jahre nach Beginn der Rückzahlung durch staatliche Bürgschaften abgedeckt werden. In der Rückzahlungsphase sollen dann die im Beruf stehenden und in der Regel gut verdienenden Akademiker die Zinsen selbst übernehmen. Der dadurch erzielte Entlastungsbetrag wird 1996 in vollem Umfang

für eine spürbare Anhebung der BAföG-Förderbeträge um 6 Prozent sowie für andere wichtige forschungs- und bildungspolitische Maßnahmen bereitgestellt.

Mit dem Meister-BAföG, der Finanzierung der beruflichen Aufstiegsfortbildung, setzen wir ab 1996 ein wichtiges Signal für die Verwirklichung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung. Gefördert werden insbesondere die Lebenshaltungskosten in Anlehnung an die neue BAföG-Struktur mit einem hälftigen Zuschuß und staatlichen Zinszuschüssen zu dem bankfinanzierten Darlehensanteil. Die sonstige Förderung erfolgt durch Bankdarlehen, zu denen der Bund Zinszuschüsse gibt. Im Falle einer späteren Existenzgründung ist ein Erlaß in Höhe von bis zu 50 Prozent vorgesehen. Dies, meine Damen und Herren, ist der entscheidende Schritt, um die berufliche Bildung endlich gleichwertig gegenüber der akademischen Ausbildung zu gestalten.

Die BAföG-Reform des Kollegen Rüttgers hat Modellcharakter für andere Politikbereiche. Das ist eine großartige Leistung, in der wir alle den Kollegen Rüttgers nachdrücklich unterstützen.

Durch strukturelle Reformen gelingt es, Mittel für prioritäre Aufgaben freizusetzen, ohne die Ausgaben insgesamt weiter anwachsen zu lassen.

Für den Hochschulbau

Die Aufstockung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau und die Hochschulsonderprogramme um zusammen 200 Millionen DM ab 1997 wird mit einer Novellierung des Hochschulbauförderungsgesetzes verknüpft. Ich appelliere an die Länder, sich der überfälligen strukturellen Bereinigung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau nicht zu verschließen.

Für die Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist in einer schwierigen Situation; noch verstärkt seit der Aufwertung des „grünen Kurses“ zur D-Mark zum Juli 1995. Der Bundeshaushalt 1996 macht deutlich: Die Unterstützung der deutschen Landwirtschaft bleibt uns ein wichtiges Anliegen.

Auch im Jahr 1996 stellt die Bundesregierung, wie im Jahr 1995, gut 12 Milliarden DM für die Landwirtschaft bereit. Der Bundeszuschuß für die Unfallversicherung bleibt voll erhalten. Die Agrarsozialpolitik entwickelt sich dynamisch. Die Ausgaben für die Alterssicherung und die Krankenversicherung steigen um fast 400 Millionen DM. Auch durch das Engagement im Rat der Finanzminister der EU haben wir es erreicht, die „grünen Kurse“ für die Aufwertungsländer festzuschreiben. Damit bleibt das wesentliche Element der Einkommensstützung in nationaler Währung stabil. Zusätzlich ist im Ratskompromiß die Möglichkeit nationaler Ausgleichszahlungen für währungsbedingte Handelsverluste vorgesehen.

Der Finanzplan bis 1999 liegt voll und ganz auf dem vorgegebenen Kurs der symmetrischen Finanzpolitik. Der Ausgabenanstieg beträgt jahresdurchschnittlich nur rund 1,3 Prozent. Dabei ist die Umschichtung der Kindergeldfinanzierung schon herausgerechnet. Der Abstand zum Wachstum des Bruttosozialproduktes, das wohl im Durchschnitt 5,5 Prozent betragen wird, beläuft sich damit beim Bund auf deutlich mehr als die für den Staatssektor insgesamt mindestens notwendigen 2 Prozent. In den Jahren nach 1996 wird die Nettokreditaufnahme deutlich zurückgeführt. Um das Staatsquotenziel zu erreichen, ist im gesamten Finanzplanungszeitraum Sparsamkeit das oberste Gebot. Neben einer glaubwürdigen und konsequenten Konsolidierung im Bereich des

Haushalts ist eine wachstumsfördernde Steuerpolitik unverzichtbarer Bestandteil der symmetrischen Finanzpolitik. Die Steuerpolitik ist einerseits dafür verantwortlich, daß über das Steuersystem genügend Einnahmen zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beschafft werden; andererseits werden steuerpolitische Maßnahmen eingesetzt, um eine Vielzahl verschiedener wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Ziele zu erreichen.

Die vornehmste Aufgabe der Steuerpolitik muß es aber sein, den unbestreitbaren Finanzierungsbedarf des Staates mit der Leistungsbereitschaft des einzelnen und der Leistungskraft unserer Volkswirtschaft zu verbinden. Das bedeutet heute: Die Senkung der zu hohen Steuer- und Abgabenlast muß das oberste Ziel unserer Steuerpolitik sein.

19 Mrd. DM Nettoentlastung

Mit dem Jahressteuergesetz 1996 haben wir bereits einen wichtigen Schritt in diese Richtung getan. Die Steuerlast von Bürgern und Unternehmen wird deutlich gesenkt. Nach harten Auseinandersetzungen im Vermittlungsausschuß ist jetzt der Weg für das Entlastungspaket frei. Noch in diesem Monat wird in diesem Haus über das Vermittlungsergebnis abgestimmt.

Mit einer Nettoentlastung von rund 19 Milliarden DM werden vor allem die Steuerpflichtigen mit kleinen und mittleren Einkommen und die Familien bessergestellt. Dies bedeutet auch einen Rückgang der Steuerquote um rund einen Prozentpunkt. Die voraussichtliche Steuerquote wird 1996 aber immer noch auf rund 24 Prozent geschätzt. Dies ist weiterhin eindeutig zu hoch, doch wir gehen entschlossen in die richtige Richtung.

Der nächste Entlastungsschritt muß am Solidaritätszuschlag ansetzen. Nur, wir sollten hier keine überflüssige Diskussion anzetteln.

Zuschlag auf Zeit

Wenn wir unsere Konsolidierungslinie im Finanzplan einhalten, halte ich 1998 – vielleicht auch schon 1997 – einen Abbau – nicht die Abschaffung – beim Solidaritätszuschlag für möglich. Dies hängt aber davon ab, wie sich das Steueraufkommen in den neuen Bundesländern entwickelt, wie sich daraus der horizontale Finanzausgleich gestaltet und in welcher Höhe die notwendigen Umsatzsteuerpunkte an den Bund – und von ihm wiederum voll an den Bürger – zurückgegeben werden können. Darauf haben wir uns verständigt. Wir wollen jeden Spielraum dazu nutzen.

Sicher ist: Der Solidaritätszuschlag darf keine Steuer auf Dauer sein; er ist ein Zuschlag auf Zeit. Er muß begrenzt, so schnell wie möglich reduziert und im Endeffekt wieder abgeschafft werden, obwohl heute niemand das Datum für die Abschaffung verlässlich prognostizieren kann.

Die Steuerfreistellung des Existenzminimums entlastet die Steuerpflichtigen um rund 15,5 Milliarden DM. Dies haben wir durch eine Anhebung des Grundfreibetrages ab 1996 auf rund 12.100 DM erreicht.

Dieser Grundfreibetrag wird für 1997 und 1998 auf rund 12.400 DM – auch das ist nach unserer übereinstimmenden Meinung noch verfassungsfest – und ab 1999 auf rund 13.100 DM ansteigen. Auf diese Weise werden klare, finanzpolitisch tragbare Anpassungen im voraus verlässlich festgesetzt.

Der Eingangssteuersatz bleibt, wie im Tarifentwurf der Koalition vorgesehen, bei 25,9 Prozent. Auch die Tarifstruktur hat sich im Vermittlungsverfahren nicht geändert. Schlechterstellungen werden vermieden. Grundsätzlich streben wir den Idealverlauf eines durchgehend linear-progressiven Tarifs sowie die Vereinheitlichung

der Höchststeuersätze bei der Einkommensteuer auf niedrigerem Niveau als mittel- und langfristiges Ziel an.

Für die Familien

Durch die Weiterentwicklung des Familienleistungsausgleichs wird die finanzielle Ausstattung der Familien um gut 7 Milliarden DM verbessert.

Die bewährten Elemente des dualen Systems mit Kindergeld und Kinderfreibetrag bleiben erhalten. Der Kinderfreibetrag wird von derzeit 4.100 DM in 1996 auf die volle Höhe des Existenzminimums eines Kindes von rund 6.300 DM angehoben und steigt ab 1997 auf rund 6.900 DM.

Das Kindergeld für erste und zweite Kinder beträgt 1996 200 DM pro Monat und steigt ab 1997 auf 220 DM pro Monat. Ab 1996 beträgt das Kindergeld 300 DM pro Monat für das dritte Kind und 350 DM pro Monat für das vierte und jedes weitere Kind. Ich will das einmal an einem Beispiel verdeutlichen: Eine Familie mit zwei Kindern und einem durchschnittlichen Monatseinkommen hat dann fast 2.800 DM im Jahr mehr auf dem Konto. Und 1997 kommen noch einmal etwa 500 DM hinzu. Das ist eine Leistung, die sich sehen lassen kann.

Kinderfreibetrag und Kindergeld werden so miteinander verbunden, daß einerseits Entlastungssprünge bei unterschiedlichen Einkommen der Eltern entfallen und andererseits steuersystematische und sozialpolitische Erfordernisse bestmöglich miteinander vereint werden. Die Auszahlung des Kindergeldes erfolgt grundsätzlich durch den Arbeitgeber. Damit werden die Erleichterungen unmittelbar wirksam.

Auch das mit der Reform des Familienleistungsausgleichs verbundene Problem der Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern mußte gelöst werden. Bisher wurden

die mit dem Familienleistungsausgleich verbundenen Lasten zwischen Bund und Ländern in einem Verhältnis von 74 Prozent : 26 Prozent aufgeteilt. Dieses Verhältnis soll auch nach der Einführung des neuen Modells beibehalten werden. Der Bund wollte von Beginn an nichts daran verdienen.

Historische Chance

Im Herbst steht die dritte Stufe der Unternehmensteuerreform an. So ganz allmählich lichtet sich auch bei der SPD der Nebel. Es scheint so, als ob sich die Vernunft auch in ihren Reihen durchsetzt. Als Wegbereiter möchte ich hier noch einmal den Herrn Kollegen Professor Jens hervorheben. Im Juli dieses Jahres haben Sie sich öffentlich für die Abschaffung der Gewerbesteuer eingesetzt. Inzwischen hat hoffentlich auch der letzte erkannt, wie wettbewerbsfeindlich und arbeitsplatzgefährdend die Gewerbesteuer ist. Sogar investiertes Kapital und Kredite zur Finanzierung von Arbeitsplätzen werden auf diese Weise steuerlich belastet.

Auch bei manchen zunächst kritischen Gemeinden hat inzwischen ein Stimmungsumschwung eingesetzt. Sie haben die Vorteile der Umsatzsteuerbeteiligung im Vergleich zur Gewerbesteuer erkannt. Ihre Finanzierungsbasis wird sich künftig dynamischer und zugleich verlässlicher entwickeln. Dieser quantitative und qualitative Quantensprung bei der Finanzausstattung, diese für eine Gemeindefinanzreform historische Chance, darf nicht ungenützt vorübergehen.

Wir werden auch über eine Weiterentwicklung der ökologischen Elemente im Steuersystem sprechen, aber sicher nicht über überzogene Pläne aus dem Gruselkabinett von Weltverbessernern, die Deutschlands Wirtschaft ruinieren werden.

Deutschland muß ein Industriestaat bleiben, dessen moderne Technologien auch der Ökologie nutzen. Wir fangen hier nicht bei Null an. Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung hat die Koalition deutliche und wirksame umweltpolitische Akzente gerade auch im Steuersystem gesetzt.

Auch im Jahressteuergesetz 1996 haben wir einen weiteren Schritt in Richtung Umweltschutz getan. Der Mineralölsteuersatz auf Erdgas und Flüssiggas für alle Fahrzeuge im öffentlichen Verkehr wird um 60 Prozent gesenkt. Auf diesem Weg wollen wir fortschreiten, wenn wir im Herbst dieses Jahres zu Gesprächen zusammenkommen.

Baukindergeld angehoben

Ein weiteres aktuelles Vorhaben der Steuerpolitik ist die Neuregelung der steuerrechtlichen Wohneigentumsförderung. Die Wohneigentumsförderung ist unverzichtbar für eine nachhaltige Entlastung des Wohnungsmarktes, für die Stärkung der privaten Altersvorsorge und für die Vermögensbildung in breiten Bevölkerungsschichten.

In dem Beschluß des Kabinetts vom 8. August dieses Jahres über den Entwurf zur Neuregelung der steuerlichen Wohneigentumsförderung haben wir deshalb diese Elemente vorgesehen. Was ganz besonders wichtig ist: Das sogenannte Baukindergeld wird als Kinderzulage um 50 Prozent auf 1.500 DM jährlich angehoben.

Adolf Roth: Für die Union ist klar: Mit dem Haushaltsentwurf 1996 und dem Finanzplan bis 1999 gibt der Bund ein gutes Beispiel konsequenter Haushaltsstrenge auch für Länder und Gemeinden und setzt zugleich wichtige Akzente im Hinblick auf die finanzstrategischen Ziele bis zum Jahr 2000: Senkung der Staatsquote, Senkung der Steuerlasten, Senkung der öffentlichen Defizite.

Was setzt die SPD dagegen?

Wir wollen in den nächsten Jahren unsere langfristig angelegte wachstumsorientierte Konsolidierungs- und Steuerpolitik fortsetzen. Was setzt die SPD dagegen? Fehlprognosen, Polemik, Forderungen nach zusätzlichen Ausgaben ohne Deckung. Betrachtet man einmal die Haushaltsreden von Frau Matthäus-Maier in den letzten vier Jahren, findet man kaum etwas anderes. Wo sind denn Ihre Sparvorschläge? Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß Sie heute nochmals mit dem Jäger 90 kommen. Wo ist denn Ihr Konzept für eine moderne Finanzpolitik, Ihre wirkliche Alternative? Der plakative Werbegag „Troika“ hat ja wohl ausgedient. Wie heißt es im „Brockhaus“? „Troika“, das seien drei struppige Pferde, die einen Wagen ziehen. Die struppigen Pferde sind keine Pferdchen mehr, und der Wagen ist kein Wagen mehr, denn sogar die Räder fehlen. Ihre Finanzpolitik ist konzeptions-, richtungs- und führungslos.

Sparen, weniger Neuverschuldung, sinkende Steuer- und Abgabenlast – das ist der richtige Weg zu mehr Wachstum und zu neuen Arbeitsplätzen. Das Umdenken muß weitergehen.

Diese Koalition bekennt sich zu einer regelmäßigen Neubestimmung von Prioritäten im Bundeshaushalt, zu einer klaren und eindeutigen Wachstumspolitik, zum Festhalten am stabilitätsorientierten Konsolidierungskurs.

Wolfgang Schäuble:

Auf die Unterstützung von CDU und CSU, Herr Bundeskanzler, können Sie sich verlassen

Es war nicht überraschend, daß Kollege Scharping ein Interesse daran hat, von der Horrorshow, die seine Partei in den letzten Wochen und Monaten geboten hat, abzulenken, und daß er verlangt, man solle das Ganze beenden. Ein bißchen überraschend war, daß er sagt, die Bundesregierung, der Bundeskanzler und die Koalition mögen sich den Fragen der Zukunft zuwenden. Sie haben sich doch in den letzten Monaten nur mit sich selbst beschäftigt und mit niemand anderem.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich will Ihnen ehrlich sagen, Herr Kollege Scharping, ich habe nicht sympathisch gefunden, was der niedersächsische Ministerpräsident Schröder getrieben hat. Das kann auch niemand sympathisch finden. Aber die letzte Dreiviertelstunde hat in mir eher Verständnis geweckt als verrindert.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Krokodil, dein Name sei Wolfgang! – Zurufe von der SPD)

● Es hilft ja nichts. Man müßte hier einen Spiegel aufstellen, damit Sie sich in Ihre eigenen Gesichter schauen könnten. Ich will das Thema gar nicht vertiefen.

(Zuruf von der SPD: Unverschämtheit! – Lachen bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Verehrte leidgeprüfte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, je länger Sie Zwi-

schenrufe machen, um so länger bleiben wir bei dem Thema. Es hilft nichts.

Eines, Herr Scharping, geht wirklich nicht. Wenn Sie in der Aussprache zum Bundeshaushalt 1996 beim Einzelplan des Kanzleramtes in der Generalaussprache über deutsche Politik sagen, wir sollten von den Zukunftsfragen unseres Landes

**Aus der Rede des
Vorsitzenden der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion,
Wolfgang Schäuble, in
der Haushaltsdebatte des
Deutschen Bundestags am
6. September**

reden, Sie aber zum Bereich der Außenpolitik gerade eineinhalb Sätze in sechzig Minuten zustande bringen, dann zeigt das etwas von der Verkommenheit des Denkens über Prioritäten in Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Widerspruch bei der SPD)

● Herr Kollege Scharping, ich halte wenig von dem Gedanken, in einer Bundestagsresolution zum Ausdruck zu bringen, was wir alle lange und frühzeitig und klar gesagt haben: daß wir der französischen Regierung von dieser Entscheidung abgeraten haben, daß wir aber zugleich die deutsch-französische Freundschaft davon unberührt halten wollen und daß wir im

übrigen begrüßen, daß die französische Regierung und der französische Präsident für den Abschluß und für die Beendigung aller Atomwaffenversuche – sobald wie möglich – eintreten und daß Frankreich angeboten hat, im Rahmen der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, wenn wir sie endlich haben – wir müssen sie erst noch schaffen –, auch über den Beitrag der französischen Nuklearstreitmacht für europäische Sicherheit gemeinsam zu reden; auch dies begrüßen wir ausdrücklich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei aller Enttäuschung über die Entwicklung in den letzten Stunden muß ich sagen: Ich kann mir, nachdem ich die Berichte des UNO-Abrüstungsbeauftragten aus dem Irak in den letzten Wochen zur Kenntnis genommen habe, in der Welt, in der wir leben, für die absehbare Zukunft europäische Sicherheit nicht ohne eine nukleare Komponente vorstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat denn in den Irak exportiert?)

● Ach, lenken Sie doch nicht ab!

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch unglaublich! Über zehn Jahre hinweg wurde dort aufgerüstet! – Gegenruf von der CDU/CSU: Ruhe!)

● Jetzt ist der Kollege Fischer wach geworden. Dazu bedurfte es einer besonderen Anstrengung.

Ich will ein Zweites sagen. Ich glaube, wir sollten gerade in diesen Tagen, in denen die klare und entschiedene Haltung der NATO zum erstenmal die Aussichten für eine politische Lösung des elenden Kriegs in Bosnien und im ehemaligen Jugoslawien zu verbessern scheint, anerkennen, daß gerade Frankreich und der französische Präsident einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet hat, daß die Haltung der

NATO so klar und so entschieden geworden ist. Ich will mich dafür bedanken.

Ich will an dieser Stelle den Soldaten der Bundeswehr, den Soldaten der Luftwaffe wie auch denen des Sanitätsverbandes in Split und allen anderen, meinen Dank, den Dank meiner Fraktion und den Respekt für ihren Mut und ihre Besonnenheit zugleich ausdrücken.

Ich will genauso der Bundesregierung, dem Bundeskanzler, dem Bundesverteidigungsminister und dem Bundesaußenminister danken, daß sie in diesen schwierigen Wochen mit Ruhe, Besonnenheit, Zurückhaltung und zugleich Entschiedenheit den uns Deutschen möglichen Beitrag zu einer besseren Entwicklung in diesem Elend von Gewalt und Verbrechen geleistet haben und weiter leisten. Dabei unterstützen wir die Bundesregierung.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, eine dritte Bemerkung zu dem machen, was wirklich Zukunftsfragen unseres Landes sind. Es ist in diesen Tagen fünf Jahre her, seit wir den Vertrag über die deutsche Einheit unterzeichnet haben. Ich denke, daß wir bei der Vollendung der deutschen Einheit gut vorangekommen sind. Es ist schwieriger geworden, als wir 1990 geglaubt haben. Aber wir sind viel weiter, Herr Kollege Scharping, als wir es alle miteinander 1992 für möglich gehalten hätten. Was ich allerdings schlimm finde, ist, daß es Ihrem Stellvertreter, Herrn Thierse, aus Anlaß der Unterzeichnung des Einigungsvertrags vor fünf Jahren aus der Feder läuft, daß der Einigungsvertrag auch ein Dokument ideologischen Denkens und Resultat erfolgreicher westlicher Lobbyarbeit sei. Wenn man so mit der deutschen Einheit umgeht, dann ist man unfähig, die Einheit in Deutschland zu vollenden.

Daß Ihre Partei den „Geschmack“ eingebracht hat, das einjährige Jubiläum der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten

mit Kommunisten in Sachsen-Anhalt mit Sekt im Landtagshof in Magdeburg zu feiern, das, so finde ich, gehört nun wirklich zu den unglaublichen Dingen.

Sie feiern das Jubiläum der Zusammenarbeit mit der kommunistischen PDS. Ich finde, eine Schweigeminute der Schande und der Scham wäre eher angebracht gewesen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. – Bundesminister Dr. Theodor Waigel: Schämt euch! - Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen jetzt eine Minute schweigen!)

Herr Kollege Scharping, ich habe mir den schönen Satz aus Ihrer Rede gemerkt, daß Deutschland nicht zum Tummelplatz von Gewalttätern werden darf. Aber dann hätte ich mir schon gewünscht, daß Sie ein Wort zu den unglaublichen Vorfällen in Hannover gesagt hätten.

Ob und wie die Bundesratsbank besetzt ist, das wechselt hin und her. Das nehmen wir mit geziemender Demut hin. Aber ich erwarte schon, daß der Ministerpräsident des Landes, der die Verantwortung dafür trägt, daß der Rechtsstaat und der innere Frieden in unserem Lande in einer unerträglichen Weise Schaden gelitten haben, hierherkommt und zu seiner Verantwortung für die Schädigung unseres freiheitlichen Rechtsstaates steht.

Meine Damen und Herren, das ist keine Sache von Hannover und von Niedersachsen. Wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, das Gewaltmonopol wahrzunehmen, verkommen der innere Frieden und der freiheitliche Rechtsstaat. Das ist eine Frage von gesamtstaatlicher Bedeutung.

Wir treiben Schindluder mit den Polizisten, und wir treiben Schindluder mit den Interessen der Bürger, die darauf vertrauen, daß ihr Staat Frieden, Freiheit, Leben, körperliche Unversehrtheit und Eigentum schützt, wenn durch die Entscheidung der

Verantwortlichen der innere Frieden und die innere Sicherheit nicht mehr gewahrt werden. Das hätten Sie sagen müssen, Herr Scharping. Denn es ist eine Sache, die Sie als Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands betrifft.

(Günter Verheugen [SPD]: Aber es gibt auch so etwas wie Gewaltenteilung in diesem Land!)

● Wenn irgend etwas schiefgeht, wird sofort nach der Bundesverantwortung gerufen. Herr Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, was in Hannover geschehen ist, wirkt weit über das Land Niedersachsen hinaus. Deswegen muß vor dem Forum der Nation, im Deutschen Bundestag, darüber geredet werden. Es darf sich nicht wiederholen.

Niemand kann ja von Herrn Schröder sagen, daß er in den letzten Wochen und Monaten nicht hinreichend in allen Medien präsent gewesen sei. Aber daß er tagelang zu diesen unglaublichen Vorkommnissen trotz Handy und Hillu kein Wort gefunden hat, ist ein unglaublicher Skandal.

Wenn wir über Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit reden, meine Damen und Herren, dann ist das Allerwichtigste, daß es uns weiterhin gelingt, unsere Wirtschaft in Ordnung zu halten. Wir sind ja gegenwärtig in einer wirtschaftlich guten Lage. Sie haben wenig zum Haushalt gesagt; es fiel Ihnen ja auch schwer.

Sie hätten ja vielleicht noch sagen können, was Sie von den Rahmendaten der deutschen Finanzpolitik – das hat ja etwas mit dem Haushalt zu tun – halten. Sie werden ja wohl nicht darüber hinwegsehen können, daß wir die niedrigste Preissteigerungsrate seit Jahren haben, daß wir dank der Finanzpolitik der Bundesregierung, des Finanzministers Theo Waigel und der Koalition die niedrigsten Zinsen seit Jahren haben – das alles trotz der gewaltigen und historisch einmaligen Sonderbelastung.

gen nach 40 Jahren deutscher Teilung –, daß OECD wie Weltbank der Finanzpolitik dieser Bundesregierung Gütezeichen verliehen und sie als vorbildlich für alle Industrieländer bezeichnet haben.

Das ist noch nicht alles; aber das ist die Voraussetzung dafür, daß wir überhaupt in der Lage bleiben, weiterhin an der Lösung der vorhandenen Probleme zu arbeiten. Wir hätten nicht die Kraft für die Überwindung der Folgen der deutschen Teilung, für den Aufbau der neuen Bundesländer, wenn wir nicht in einer guten wirtschaftlichen Entwicklung wären.

Aber wir müssen – auch darüber ist zu reden – diese gute wirtschaftliche Entwicklung weiterhin nutzen. Deswegen muß auch die Finanzpolitik genauso fortgesetzt werden, und deswegen unterstützen wir diesen Bundeshaushalt und werden ihn durchsetzen. Wir müssen sie nutzen, um in dieser sich so schnell verändernden Welt die Grundlagen für Wohlstand, für soziale Sicherheit und das Ziel „Arbeit für alle“ nicht aus den Augen zu verlieren. Daran muß gearbeitet werden.

Herr Kollege Scharping, es geht nicht, daß man auf der einen Seite Ludwig Erhard zitiert – das war übrigens die beste Passage Ihrer Rede; das ist kein Wunder – und den Wert der Tarifautonomie verteidigt und dann anschließend in derselben Rede für alle Fehlentscheidungen der Tarifpartner die Bundesregierung verantwortlich macht. Entweder wir haben Tarifautonomie, oder wir haben sie nicht.

Wenn wir Tarifautonomie haben – und wir verteidigen sie –, dann müssen wir allerdings die Tarifpartner auch für das in Anspruch nehmen, wofür sie die Verantwortung tragen. Die Tarifpartner tragen in erster Linie die Verantwortung für Vollbeschäftigung in unserem Lande. Das muß gesagt werden.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.
– Zuruf von der SPD: Sie verabschieden
sich doch davon!)*

● Nein, ich wehre mich doch nur gegen den Widerspruch. Ich weiß nicht, ob Sie nicht lernfähig sind; wahrscheinlich sind Sie es nicht.

Der schlimmste Fehler, den Bundeskanzler Brandt 1969 insoweit gemacht hat, war die Abgabe einer Vollbeschäftigungsgarantie durch den Staat. Damit hat er nämlich die Tarifpartner von der Verantwortung für die Vollbeschäftigung scheinbar entbunden, und mit dem Elend haben wir es seitdem zu tun.

Unser Problem ist nicht, daß wir einen Mangel an Arbeit in Deutschland haben – das haben manche immer noch nicht begriffen –, sondern unser Problem ist, daß bei uns Arbeit teilweise so teuer geworden ist, daß die Nachfrage nach Arbeit zu diesen Preisen geringer wird und somit das Problem der Arbeitslosigkeit verschärft wird.

Ich lese Ihnen jetzt vor, was Herr Spöri in diesen Tagen gesagt hat. Er hat gesagt, daß die Hängepartie zwischen Herrn Scharping und Herrn Schröder eine Unentschiedenheit in der Partei überlagert habe, die für die Zukunftschancen der SPD von weit fundamentalerer Bedeutung sei. Die SPD habe aus den Folgen des radikalen wirtschaftlichen Wandels, der Globalisierung von Arbeitsmarkt und Produktion noch nicht die entscheidenden Folgerungen gezogen. Die SPD müsse die Standortattraktivität Deutschlands mit seinen unbestreitbaren Vorzügen wieder an die Attraktivität anderer hochentwickelter Länder angleichen. Wenn Einkommens- und Arbeitsplatzverluste vermieden werden sollten, seien eine Flexibilisierung der Arbeitsorganisation, konkurrenzfähige Unternehmensbesteuerung und eine Senkung der Lohnnebenkosten durch Strukturreform des Sozialstaats dringend notwendig. Wenn Herr Spöri bei dem Interview schon die Rede von Herrn Scharping gekannt hätte, hätte er das wahrscheinlich noch schärfer formuliert.

Herr Kollege Scharping, Sie haben heute einen Satz gesagt, den ich aufgreifen will, weil er am Ende eines quälenden Verfahrens um das Jahressteuergesetz steht. Sie haben gesagt, Sie hätten es auch manchmal als schmerzlich empfunden, daß das Bund-Länder-Verhältnis etwas überstrapaziert worden sei. Das ist in Ordnung. Auch ich empfinde das – bis zu der Grundgesetzänderung, die leider ein notwendiger Preis für das Vermittlungsergebnis war, gegen die wir alle erhebliche Bedenken haben.

Herr Kollege Scharping, zuerst hatten Sie die Hoffnung, mit den relativ knappen Mehrheitsverhältnissen – wenn man die PDS bei Ihnen mitzählt, ist die Mehrheit der Koalition nicht so groß; das tun Sie, da feiern Sie sogar Jubiläum – hier große Erfolge erzielen zu können. In dieser Hinsicht sind Sie bisher ein bißchen enttäuscht worden. Dann haben Sie, niemand sonst, die Parole ausgegeben, daß die sozialdemokratische Mehrheit im Bundesrat zum Instrument gemacht wird, um sozialdemokratische Politik gegen die Bundestagsmehrheit, die Bundesregierung, die Koalition durchzusetzen. Jetzt haben Sie festgestellt, daß das auch nicht funktioniert, und geben es wieder auf. Das ist in Ordnung, aber es muß noch einmal quittiert werden.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Was Sie sagen, ist falsch! Scharping hat immer von den eigenen Interessen der Bundesländer im Bundesrat gesprochen! - Lachen bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

● Herr Kollege Struck, ich bewundere Ihren Mut, diesen Zwischenruf hier zu machen und mich in Versuchung zu führen, zu zitieren, was Ihr Landesvorsitzender von Ihnen hält.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Dr. Peter Struck [SPD]: Nichts gegen meinen Freund Gerhard Schröder!)

● Nein, nein.

Dann nehme ich jetzt einmal – man muß ja auswählen bei den vielen Zitaten – eine Meldung vom 3. März. Dort heißt es:

Gleichzeitig deutete Scharping an, daß die SPD es im Streit um das Jahressteuergesetz '96 notfalls auf eine Blockade der gesamten Steuerpolitik ankommen lassen werde.

Eine Blockade geht nur über den Bundesrat.

Nein, es hilft nichts. Wir sollten alle miteinander wirklich begreifen, daß wir im Bundesstaat darauf angewiesen sind, daß die Organe und Institutionen ihrer Verantwortung gerecht werden und daß eine Mehrheit im Bundesrat nicht dazu angetan ist, die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag, die der Wähler in den Bundestagswahlen entschieden hat, und die Zuständigkeitsverteilung zwischen Regierung und Opposition durch Bundesratsobstruktionspolitik zu korrigieren. Das funktioniert nicht.

Wir werden in den kommenden Wochen, Monaten und auch Jahren in vielen schwierigen Fragen schwierige Auseinandersetzungen haben.

Die Union, die Koalition und die Regierung – wir werden diese Auseinandersetzungen nicht scheuen.

Es geht eben nicht so einfach, wie Sie, Herr Scharping, das gesagt haben, daß man z. B. die Lohnnebenkosten senken könne, indem man möglichst viele, auch versicherungsfremde Leistungen auf den Bundeshaushalt überträgt. Das klingt abstrakt nicht so ganz falsch. In einer Zeit aber, in der wir eine so hohe Belastung durch Steuern und Abgaben haben und die öffentlichen Haushalte so angespannt sind, sind die Spielräume für solche Umschichtungen geringer, als wir es alle wünschen.

Auch bezüglich der Erhaltung der Umwelt – wir haben oft darüber debattiert und werden das auch weiterhin tun – ist es nicht so

einfach, wie man es in manchen Parteitagspapieren oder Resolutionen darstellen kann – ob bei Grün oder Rot. Wir werden aber alle diese Schritte abklopfen und überprüfen und sie nur dann gehen, wenn sie nicht die Gefahr beinhalten, die Chancen für mehr Arbeitsplätze, mehr Wirtschaftswachstum und mehr soziale Sicherheit zu gefährden. Das ist der Zielkonflikt.

Deswegen ist das Umsteuern nicht so einfach. Deswegen kann man nur Schritt um Schritt und mit großer Eindringlichkeit vorgehen. Wer meint, die einfachen Patentrezepte zu haben und er bräuchte nur an diesem oder jenem Rädchen des staatlichen Dirigismus zu drehen – wenn man aber Ihre Papiere liest, sieht man, daß das nicht so funktioniert – und in ein paar Jahren könne der Benzinpreis auf 5 DM erhöht werden, dem sage ich, was er damit erreicht: nicht einen Funken an Verbesserung für die Umwelt, sondern lediglich eine Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlage, eine Verlagerung der Produktion ins Ausland, wo sie zu weniger umweltfreundlichen Bedingungen erfolgt.

Wir, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, werden in dieser Koalition mit der F.D.P., in der wir gut vorangekommen sind, gute Erfolge erreicht haben – der Haushalt 1996 ist Ausdruck der erreichten Erfolge -, gemeinsam auf diesem Wege vorangehen. Wir werden, Herr Kollege Gerhardt, auch manche schwierige Auseinandersetzung und Diskussion zu bestehen haben, aber wir werden sie in einer fairen und verlässlichen Partnerschaft miteinander betreiben.

Herr Bundeskanzler, wir setzen auf diese Regierung, und wir werden mit dieser und in dieser Koalition Schritt für Schritt die notwendigen Entscheidungen mit durchsetzen und mittragen, für die Zukunft unseres Landes, für einen sicheren Frieden in Freiheit, durch eine Entwicklung der europäischen Einigung, durch die Festigung

der atlantischen Allianz, auch durch deutsche Beiträge mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten, für eine Entwicklung der sozialen Sicherheit auch bei dramatischen Veränderungen in der wirtschaftlichen Entwicklung weltweit wie auch im Altersaufbau unserer Bevölkerung – das muß man ja bei dem Thema „soziale Sicherheit“ auch einmal erwähnen –, durch Stärkung der Familien und des Subsidiaritätsprinzips, auch der Freiwilligkeit, durch Erhalt der wirtschaftlichen Grundlagen, ohne die soziale Leistungen nicht zu finanzieren sind, durch eine Politik, die sich Schritt für Schritt der Bewahrung der Umwelt verpflichtet fühlt. Wenn man darüber redet, sollte man zwischendurch von seiten der Opposition auch einmal feststellen: Zu keiner Zeit hat eine Regierung mehr für den Erhalt der Umwelt geleistet als die Bundesregierung, seit Helmut Kohl Bundeskanzler ist. Genau auf diesem Weg werden wir fortfahren, miteinander und gemeinsam, um unserer Zukunft willen.

Dazu wünschen wir uns eine starke Opposition.

*(Bundesminister Dr. Theodor Waigel:
Aber eine dauerhafte! – Zuruf des Abg.
Dr. Peter Struck [SPD])*

● Glauben Sie es mir, Herr Struck, das Theater, das in den letzten Wochen von Ihrer Partei aufgeführt worden ist, hat uns allen am Ende nicht gedient. Aber eines ist ja wohl sicher – dem werden Sie ja wohl nicht widersprechen -: Solange die SPD und die Opposition in einem Zustand, wie eben beschrieben und erlebt, sind, so lange ist sie nicht regierungsfähig.

Deswegen sage ich Ihnen, Herr Bundeskanzler: Auf die Unterstützung der Fraktion von CDU und CSU für die weitere Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit von Regierung und Koalition können Sie sich auch in der Zukunft verlassen. ■

Jens: Schlüssige Wirtschaftspolitik ist in SPD derzeit nicht möglich

Der bisherige wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Uwe Jens, hat am Mittwoch seinen Rücktritt erklärt. Hier Teile seines Rücktrittsschreibens an Partei- und Fraktionschef Rudolf Scharping (zitiert nach dpa):

„Lieber Rudolf Scharping, hiermit teile ich Dir mit, daß ich ab sofort von meinen Ämtern in der Fraktion – dem sogenannten wirtschaftspolitischen Sprecher und Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Wirtschaft und als Mitglied des Fraktionsvorstandes – zurücktrete.

Ich habe mir diese Entscheidung lange und sorgfältig überlegt. Aber der grundsätzliche Streit zwischen Gerhard Schröder und Dir, dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden, verursacht bei mir erhebliches Unbehagen. Wer immer von Euch beiden glaubt, bisher keine Fehler gemacht zu haben, leidet an Selbstüberschätzung. Die bisherige Vorgehensweise, um

Vor vielen Jahren habe ich schon in der Fraktion gesagt, daß die SPD nur dann wieder Regierungsverantwortung übernehmen wird, wenn es gelingt, ein konstruktives Verhältnis zur Wirtschaft herzustellen. ... Mit Gerhard Schröder, mit dem ich auch nicht immer voll übereinstimme, sah ich die Chance, in der Partei eine derartige wirtschaftspolitische Grundeinstellung durchzusetzen. Das scheint jetzt nicht mehr möglich und ist ein großer politischer Fehler, weil – wie ich meine – leicht Traditionalisten in der Partei wieder die Oberhand gewinnen. ... Eine schlüssige Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze sichert und schafft, scheint leider zur Zeit nicht durchsetzbar, weil auch Dir taktische Überlegungen wichtiger und geläufiger sind als rationale. ...“ (dpa, Sept. 95)

Resignation und Rücktritt

diesen Streit zu beenden, und auch der Vorschlag, das ‚Problem intelligent auszusitzen‘, sind nicht erfolgversprechend. Der Streit kann nur durch beiderseitige ‚Einsticht in die Notwendigkeit‘ beendet werden. Es muß doch möglich sein, am Ende des 20. Jahrhunderts primitive Politikrituale des 19. Jahrhunderts zwischen vernunftbegabten Menschen zu überwinden. Warum kann man sich nicht darauf einigen, daß Ende 1997/Anfang 1998 eine Befragung aller Parteimitglieder über den besten Kanzlerkandidaten unserer Partei erfolgt?

Die Ratlosigkeit der SPD in einem grellen Licht

Generalsekretär Peter Hintze zum Rücktritt des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD im Bundestag, Prof. Uwe Jens:

Der Rücktritt von Prof. Jens wirft ein grelles Licht auf die wirtschaftspolitische Ratlosigkeit der SPD. Die Wirtschaftskompetenz von Rudolf Scharping tendiert gegen null. Mit alten Klassenkampfkonzepten ist heute kein Blumentopf mehr zu gewinnen. Wer Brutto und Netto verwechselt, kann keine Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Deutschland übernehmen.

Mehr Mut zur Partnerschaft!

Vor zehn Jahren hat sich die CDU auf dem Essener Parteitag das beste Programm zur Gleichberechtigung aller Parteien gegeben. Vieles wurde seither von der CDU und ihren Frauen für die Frauen in Deutschland auf den Weg gebracht und durchgesetzt. Dennoch müssen wir zur

muß insbesondere dazu führen, daß die CDU stärker als bisher die Themen in den Vordergrund stellt, die Frauen bewegen.

Viele Frauen in der CDU haben über Jahre und Jahrzehnte die Erfahrung gemacht, daß es für die Wahl in Vorstände und auf

Claudia Nolte zum Frauen-Quorum:

Ohne Frauen keine Volkspartei!



Kenntnis nehmen, daß die CDU in keiner Wählergruppe so schlecht abschneidet wie in der der unter 35jährigen Frauen. Und in keinem Bereich war die CDU, waren auch die Frauen in der CDU bislang so wenig erfolgreich wie in der Frage der Beteiligung von Frauen an Ämtern und Mandaten. So liegt zum Beispiel in 13 von 15 CDU-Landtagsfraktionen der Frauenteil unter einem Viertel, und von unseren Bundestagsabgeordneten sind gar nur 14,7 Prozent Frauen.

Die CDU braucht eine inhaltliche und organisatorische Parteireform

Wenn die CDU auch in Zukunft als Regierungspartei die Politik in Deutschland gestalten will, muß sie sich der Aufgabe einer grundlegenden Reform ihrer Parteilarbeit stellen. Diese muß die Formen unserer Parteilarbeit erfassen, die Veranstaltungen und die Einbeziehung von Frauen innerhalb und außerhalb der CDU, und sie

Vorschlagslisten häufig nicht ausreicht, genausogut oder besser qualifiziert zu sein als Männer. Wir müssen daher im Rahmen der Parteireform für eine Übergangszeit mit einer wirksamen Quorumregelung die Vorstände auf allen Ebenen dazu zwingen, mehr als bisher nach geeigneten Kandidatinnen zu suchen. Keine Frau in einem Vorstand oder auf einer Liste wird durch das Instrument der Quorumregelung zu einer „Quotenfrau“. Das Auswahlrecht bleibt gewährleistet. Eine größere Zahl geeigneter Kandidatinnen wird zwangsläufig zu mehr Amts- und Mandatsträgerinnen führen – und das heißt: zu einer besseren Repräsentanz von Frauen in der CDU und durch die CDU.

Die Zukunft der Volkspartei CDU hängt davon ab, ob es uns durch eine umfassende Parteireform gelingt, Frauen anzusprechen. Unsere Glaubwürdigkeit hängt davon ab, ob es uns gelingt, auf allen Ebenen eine angemessene Beteiligung von Frauen an Ämtern und Mandaten zu erreichen.

Bei attraktiven Chancen gibt es auch genügend Kandidatinnen

Peter Hintze zu zwei Gegenargumenten, die die Kritiker des Quorums vorbringen

1. Gegenargument: Wir haben zu wenig Frauen.

Peter Hintze: Das stimmt so nicht. Im Durchschnitt gehören der CDU 25 Prozent Frauen an. In einigen Landesverbänden sind es sogar über 40 Prozent. Ich gebe zu, daß die Situation regional verschieden ist, aber die Erfahrung zeigt, daß dann, wenn man den Frauen attraktive Chancen bietet, sich Kandidatinnen in ausreichender Zahl finden.

Zitat

Helmut Linssen:

Über lange Zeit war die CDU der Auffassung, daß es schließlich selbstverständlich werden würde, die politische Verantwortung und die Macht mit Frauen partnerschaftlich zu teilen. Eine Quote als in der Satzung verankertes Instrument schien nicht erforderlich. Ich bin nach wirklich langem Ringen zu der Überzeugung gekommen, daß wir ein Quorum ausprobieren sollten. Ich glaube, daß wir nach 10jähriger Diskussion diesen Schub ganz dringend brauchen.

2. Gegenargument: Qualität setzt sich schon allein durch.

Peter Hintze: Das trifft leider nicht zu. Im Umkehrschluß würde das ja bedeuten, daß Frauen, die nicht in Ämtern und Mandaten sind, nichts taugen. Das kann ja wohl nicht gemeint sein. Wir haben sehr viele qualifizierte Frauen. Wir müssen sie nur auch für Ämter und Mandate gewinnen, weil es uns guttut, wenn die Sichtweisen und Qualifikationen von Frauen bei uns zum Zuge kommen. Wenn wir in der Koalition darum ringen, wieviel Geld z.B. für die Familie, für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird, wünsche ich mir am Tisch neben dem Bundeskanzler, der kräftig dafür kämpft, auch ein paar Frauen mehr. Ich glaube, dann würden die Prioritäten manchmal anders gesetzt werden.

Frauenbeteiligung lohnt sich

Beispiel Bergisch Gladbach:

Bei der Nordrhein-Westfälischen Landtagswahl am 14. Mai 1995 konnte die CDU in Bergisch Gladbach in fast allen Stadtbezirken Stimmengewinne erzielen, die höher lagen als die Stimmengewinne der CDU landesweit. Den höchsten Stimmenanteil erhielt die CDU in den Bezirken, in denen Frauen kandidierten. Im Bezirk 26, dem Kommunalwahlkreis der Bergisch Gladbacher Bürgermeisterin und Direktkandidatin für den Landtag, Maria Theresia Opladen, schnitt die CDU am besten ab.

Frauenanteil an Mitgliedschaft, Ämtern und Mandaten

25 Prozent aller CDU-Mitglieder sind Frauen, aber nur 14,7 Prozent aller CDU-Bundestagsabgeordneten (13,9 Prozent bei CDU/CSU) sind weiblich. Der Anteil der weiblichen CDU-Bundestagsabgeordneten liegt also 10 Prozent unter dem Anteil der weiblichen Parteimitglieder. Auch in den Landtagen sind die CDU-Politikerinnen nahezu in allen Bundesländern nicht

entsprechend ihrem Mitgliederanteil vertreten. In einer Reihe von Bundesländern gibt es keine einzige weibliche Kreisvorsitzende der CDU. In nur 19 von 416 CDU-Kreisverbänden haben Frauen den Vorsitz.

Die Bundes-CDU geht mit gutem Beispiel voran: Im Bundesvorstand der CDU sind mehr als ein Drittel Frauen.

	Frauen	Männer
Wahlberechtigte	53,2 %	46,8 %
Mitglieder der CDU	24,9 %	75,1 %
CDU-MdBs	14,7 %	85,3 %
CDU-Staatssekretäre	25,0 %	75,0 %
CDU-Minister	18,2 %	81,8 %
Bundesvorstand der CDU	34,1 %	65,9 %
Präsidium der CDU	26,6 %	73,4 %

Eine Chance für die gesamte Partei

Die Verfahrensregelung ist eine Chance für die gesamte Partei. Wir müssen wissen, daß für junge Menschen Inhalte das wichtigste sind. Inhalte werden von Persönlichkeiten thematisiert und transportiert. Inhalte und Personen gehören untrennbar zusammen. Wenn wir eine Volkspartei sein wollen, dann brauchen wir mehr Frauen in Gremien und Funktionen, das heißt: wir brauchen 30 Prozent Frauen. Das ist keine willkürliche Größe. Es ist eine „kritische Masse“. Ab einem Anteil von 30 Pro-

zent merken Frauen, daß sie nicht allein sind. Quotierungen sorgen dafür, daß Frauen motiviert sind. Sie fördern ihr Interesse für Politik, weil sie nicht allein sind, weil ihre Themen ernst genommen werden und weil sie ihre Probleme artikulieren können. Es gibt sehr viele junge Frauen draußen, die darauf warten, daß wir dieses Signal endlich – 10 Jahre nach Essen – setzen.

**Annette Widmann (29),
Baden-Württemberg**

Nur jedes fünfte Ratsmitglied ist eine Frau

Nur jedes fünfte Mitglied von Stadt- und Gemeinderäten ist eine Frau. Von den 50.273 Ratsmandaten in Städten und Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern werden 10.819 von Frauen wahrgenommen, wie der Deutsche Städtetag in Köln mitteilte. Damit sind 21,5 Prozent der Ratsmitglieder weiblich. 1990 lag der Frauenanteil in den alten Bundesländern sogar nur bei 16,9 Prozent. Doch es geht auch anders: Spitzenreiter bei den weiblichen Mandatsträgern ist Freiburg mit 43,8 Prozent, gefolgt von Potsdam, Mainz und München mit jeweils 40 Prozent.

Gemeinschaftsinitiative Ost 1995:

14.500 neue Lehrstellen für die neuen Bundesländer

Die Trendwende ist erreicht: In den alten Bundesländern ist der in den vergangenen Jahren zu verzeichnende Rückgang des Ausbildungsplatzangebots gestoppt. In den neuen Bundesländern haben Industrie- und Handel (plus 16 Prozent) sowie das Handwerk (plus 10 Prozent) deutliche Zuwächse bei neuen Ausbildungsverträgen gemeldet.

Doch trotz aller Anstrengungen werden die 1995 angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätze in den neuen Bundesländern nicht ausreichen.

Deshalb hat die CDU-geführte Bundesregierung am 1. September 1995 eine neue Gemeinschaftsinitiative 1995 für die neuen Länder aufgelegt, mit der 14.500 außerbetriebliche Ausbildungsplätze bereitgestellt und finanziert werden.

Gemeinschaftsinitiative des Bundes, der neuen Länder und Berlins zur Förderung von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen 1995

Bundesland	Anzahl der geförderten Ausbildungsplätze*
Mecklenburg-Vorpommern	3.400
Brandenburg	2.900
Sachsen-Anhalt	3.200
Sachsen	2.000
Thüringen	1.500
Berlin	1.500
gesamt:	14.500

*entsprechend der Wünsche der Länder

Die Förderung der Ausbildungsplätze wird für die gesamte Ausbildungszeit (September 1995 bis Ende 1999) gewährt, wenn es nicht gelingt, nachträglich den Einstieg in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis zu vermitteln. Die durchschnittlichen Kosten je Ausbildungsplatz belaufen sich für die gesamte Ausbildung auf rund 59.000 DM. Bis 1999 wurden daher insgesamt 857 Millionen DM jeweils zur Hälfte von Bund und den neuen Ländern bereitgestellt.

Gemeinschaftsinitiative Ost: Ausgaben 1995-1999 in Millionen			
	Insgesamt	Länder	Bund
1995	69,0	35,0	35,0
1996	273,0	136,9	136,9
1997	267,1	133,6	133,6
1998	217,0	108,5	108,5
1999	29,1	14,5	14,5
Insgesamt	857,0	428,5	428,5

Was bisher erreicht wurde:

● Die Wirtschaftsverbände haben Bundeskanzler Helmut Kohl am 15. März 1995 im zweiten Gespräch zur Zukunftssicherung des Standorts Deutschland zugesagt,

- ▶ in 1995 eine Trendwende bei der Bereitstellung von Lehrstellen einzuleiten und
- ▶ das Lehrstellenangebot in den nächsten zwei Jahren um 10 Prozent zu erhöhen.

In den alten Ländern wurden zwischen März und Juli 1995 fast 50.000 zusätzliche betriebliche Stellen angeboten. Das sind 11.500 mehr als im Vorjahr. In den neuen Bundesländern wurden rund 4.000 Plätze mehr geschaffen.

Unser duales Ausbildungssystem ist ein Glanzstück der Sozialen Marktwirtschaft. Darum werden wir weltweit beneidet. So sind auch die Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit bei uns mit die geringsten in ganz Europa und darüber hinaus. Mit rd. 8 Prozent liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland nach Luxemburg am niedrigsten innerhalb der Europäischen Union. In Frankreich und in Italien sind nahezu ein Drittel aller Jugendlichen arbeitslos.

Die geglückte Umstellung auf das duale Ausbildungssystem in den neuen Bundesländern gehört zu den größten Erfolgen der unionsgeführten Bundesregierung. Es ist eben keine Selbstverständlichkeit, daß es trotz gravierender Probleme beim wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern gelang, seit 1991 jedem Lehrstellenbewerber ein Ausbildungsangebot gemacht zu haben.

Friedrich Bohl, Chef des Bundeskanzleramtes am 24. 8. 1995

● 54 Millionen Mark für Ausbildungsplatzentwickler

Seit Juli 1995 führen 150 Ausbildungsplatzentwickler in den neuen Bundesländern Werbeaktionen durch. Schwerpunkt sind Betriebe, die nicht oder noch nicht ausreichend ausbilden. 54 Millionen DM stehen hierfür in den nächsten 3 Jahren im Etat des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

zur Verfügung. Die Ausbildungsplatzentwickler, sollen die Unternehmen unterstützen, erstmalig Ausbildungsplätze zu schaffen bzw. ihr Ausbildungsplatzangebot zu erhöhen und Ausbildungsverbände zu organisieren.

● 8.000 zusätzliche Ausbildungsplätze durch Werbung der Bundesanstalt für Arbeit

In der „Maikäfer-Aktion“ ist es der Berufsberatung der Arbeitsämter in den neuen Bundesländern gelungen, bei insgesamt 36.000 Betriebskontakten innerhalb von zwei Wochen knapp 8.000 zusätzliche Ausbildungsstellen zu werben. Hierbei wurden vor allem bislang nicht ausbildende Betriebe aufgesucht.

● 5,5 Prozent mehr Ausbildungsplätze beim Öffentlichen Dienst

Beim Bund wächst das Ausbildungsangebot um 5,5 Prozent in den Verwaltungs- und Kammerberufen (ohne Beamtenausbildung). Dabei werden 4.333 Ausbildungsangebote in der Bundesverwaltung gemacht. Die meisten gibt es mit 1.809 Ausbildungsplätzen beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

● 1.050 Ausbildungsplätze bei der Bundesanstalt für Arbeit

Der Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit hat eine deutliche Aufstockung der Ausbildungsangebote der Arbeitsverwaltung auf 1.050 Stellen für das kommende Ausbildungsjahr beschlossen. Die zusätzlichen Ausbildungsplätze sollen vor allem Jugendlichen in den neuen Bundesländern zugute kommen.

● 1.200 Ausbildungsplätze mehr bei der Post

Die Deutsche Post AG hat sich bereit erklärt, ihr Ausbildungsplatzangebot gegenüber den ursprünglich vorgesehenen 500 Plätzen auf 1.721 aufzustocken. Vor

„Maikäfer-Aktion“ der Bundesanstalt für Arbeit

Land	Zahl der kontaktierten Betriebe	Zahl der dabei gewonnenen Ausbildungsstellen
Mecklenburg-Vorpommern	4.591	1.035
Sachsen-Anhalt	7.287	1.532
Thüringen	6.824	2.113
Sachsen	10.011	1.901
Brandenburg	3.325	791
Berlin-Ost	1.198	187
BG-Ost	33.236	7.559
Berlin-West	2.802	366
BG-Ost + Berlin-West	36.038	7.925

dem Hintergrund, daß gleichzeitig bei der Post Arbeitsplätze abgebaut werden, betrachtet die Deutsche Postgewerkschaft diese Verdreifachung der Ausbildungsplätze als Erfolg.

● Neun Prozent mehr Ausbildungsplätze in der Bundeswehr

Im Rahmen der Lehrstellenoffensive des Bundeskanzlers schafft die Bundeswehr neun Prozent mehr Ausbildungsplätze. Insgesamt werden 1.080 Jugendlichen Ausbildungsplätze in 30 verschiedenen Berufen angeboten. Die Bundeswehr unterhält heute 37 Ausbildungsstätten, zwei davon in den neuen Bundesländern.

● Jeder zweite Ausbildungsplatz in den neuen Ländern ist staatlich gefördert

1994 erreichte der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildungsplätze 22,1 Prozent. Nimmt man noch die durch Länderprogramme geförderten 45.000 betrieblichen Ausbildungsplätze hinzu, hat der Anteil der staatlich geförderten Ausbildungsplätze in den neuen Ländern 60 Prozent erreicht.

● 120 Millionen Mark für überbetriebliche Ausbildung

1995 sollen für die Förderung überbetrieblicher beruflicher Ausbildungsplätze rund 120 Millionen Mark eingesetzt werden. Seit 1991 konnten in den neuen Bundesländern ca. 12.000 Werkstattplätze in überbetrieblichen Ausbildungsstätten eingerichtet werden.

Strukturelle Reform der beruflichen Bildung

Nach dem zweiten Spitzengespräch des Bundeskanzlers mit Gewerkschaftsvertretern und Arbeitgebern hat das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie die notwendigen Schritte zu den verabredeten strukturellen Reformen eingeleitet:

Bund, Wirtschaft und Gewerkschaften haben eine Vereinbarung zur Verbesserung und Straffung des Verfahrens für die Neuordnung von Ausbildungsberufen getroffen. Das Verfahren soll bei einer grundlegenden

Der Punkt, daß unser duales Ausbildungssystem eine attraktivere Alternative zum Hochschulsystem sein muß, der ist richtig, und deshalb versuchen wir ja auch, das zu verbessern etwa durch die Einführung des Meister-BAföG und durch einen sehr beherzten Einsatz dafür, daß man am Abschluß des dualen Ausbildungsgangs nicht in einer Sackgasse gelandet ist, sondern im Anschluß daran auch noch studieren kann.

**Jürgen Rüttgers,
Bundesminister für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und
Technologie am 4. 9. 1995**

genden Neuordnung zukünftig nicht länger als 2 Jahre und bei einer Aktualisierung nicht länger als 1 Jahr dauern. Zur Beschleunigung der Konsensfindung zwischen den Sozialpartnern soll ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch stattfinden.

Die Modernisierung der Ausbildungsberufe wurde verstärkt vorangebracht. Für die Ausbildungsberufe „Mediengestalter/AV-Technik“ und „Cutter“ haben die Neuordnungsarbeiten begonnen; sie sollen noch zum Ausbildungsbeginn 1996 in Kraft treten. Der Ausbildungsberuf „Werbevorlagenhersteller“ für die Werbeindustrie ist zum 1. August 1995 in Kraft gesetzt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat auf Initiative der Sozialpartner Gespräche über einen neuen dualen Ausbildungsberuf im Gesundheitswesen für „Haus- und Familienpflege“ begonnen. Dem Bundesministerium für Wirtschaft liegen die „Eckwerte“ für ein neues Berufsprofil „Flugzeugelektronik“ vor. Die Neuordnung wird voraussichtlich im Herbst 1995 beginnen.

Der DIHT hat im Rahmen der Aktion „Neue Berufe“ für 12 Berufsprofile kürzlich konkretisierte Vorschläge vorgelegt.

Dabei geht es u. a. um Berufe im Medien- und Gesundheitsbereich und im Bereich Umweltschutz. Bis Ende September 1995 wird geklärt sein, für welche dieser Berufsprofile Anfang 1996 Neuordnungsverfahren in Gang gesetzt werden.

Bei rund 70 bestehenden Berufen wird derzeit an einer Modernisierung gearbeitet. Damit werden die Zukunftsperspektiven für rund 440.000 Auszubildende gesichert.

Mit den Sozialparteien und der Bundesanstalt für Arbeit sind neue Ansätze zur Qualifizierung von Jugendlichen, die bislang ohne Berufsausbildung bleiben, besprochen worden. Die Arbeitgeberseite hat bis Mitte September eine Liste von neuen Ausbildungsberufen angekündigt, die einerseits Beschaffungschancen eröffnen und andererseits von dieser Zielgruppe bewältigt werden können. Eine Verständigung über konkrete Neuordnungsarbeiten mit Arbeitgebern und Gewerkschaften wird bis Ende 1995 angestrebt.

Bis Ende 1995 wird ein Konzept zur Förderung von Modellen, mit denen die Entwicklung und breite Einführung von zusätzlichen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten unterstützt werden sollen, erarbeitet. Dabei handelt es sich um Zusatzqualifikationen wie z. B. Fremdsprachen, Managementqualifizierung, vorgezogene Bestandteile der Meisterprüfung, verzahnte Aus- und Fortbildung.

„Wenn jeder Industriebetrieb, jeder zweite Mittelstandsbetrieb und jeder fünfte Handwerksmeister zwei weitere Ausbildungsstellen schafft, dann gibt es bei uns in Deutschland keinen Schulabgänger mehr ohne Ausbildungsplatz.“

**Bundespräsident Roman Herzog
am 20. Juli 1995**

Herbert Reul: CDU mit Doppelstrategie gegen Rot-Grün

Die nordrhein-westfälische CDU wird mit einer Doppelstrategie gegen Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen vorgehen. Zum einen müssen wir kontinuierlich aufdecken, welche negativen Auswirkungen auf die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen rot-grüne Politik und rot-grüne Entscheidungen haben.

Diese Auseinandersetzung darf sich aber nicht nur auf den Düsseldorfer Landtag beschränken, sondern muß flächendeckend im ganzen Land gestartet werden. Denn rot-grüne Politik wird nicht abstrakt im Düsseldorfer Parlament entschieden, sondern rot-grüne Politik hat ganz konkrete negative Auswirkungen vor Ort. Die CDU wird dem mit Entschiedenheit und flächendeckend im ganzen Land entgegensteuern. Wir wollen versuchen, im ganzen Land gegen die aus unserer Sicht falsche rot-grüne Politik zu agieren. Dies soll mit einem sehr flexiblen Konzept geschehen. Unter der Überschrift „PRO NRW – NRW hat Zukunft, Rot-Grün nicht“ will der Landesverband die klare und sachorientierte Oppositionsarbeit der Landtagsfraktion unterstützen, über rot-grüne Versäumnisse aufklären und die landespolitischen Alternativen der CDU NRW im gesellschaftspolitischen Raum verankern. Die CDU versteht sich dabei als Ansprechpartner und Anwalt aller derer,

- die wegen Rot-Grün um die Zukunft des Landes besorgt sind,
- die aufgrund der Wendung in der NRW-SPD politisch heimatlos geworden sind,
- die ihre spezifischen Interessen von der neuen rot-grünen Regierung

Rau/Vesper nicht mehr ausreichend gewahrt sehen.

Wir wollen einen breiten Dialog mit allen Kräften und Gruppen sowie Institutionen unserer Gesellschaft in Gang setzen mit dem Ziel, eine politische Koalition der Vernunft auf allen Ebenen zu erreichen. Wir werden aber auch nicht jeden Vorschlag ablehnen, bloß weil er von Rot-Grün bzw. Roten oder Grünen kommt.

Darüber hinaus muß aber die CDU NRW als moderne und zukunftsorientierte Partei eine echte Alternative zu Rot-Grün sein. Dies muß sich zum einen in modernen Parteistrukturen mit mehr Beteiligungsmöglichkeiten und offenerer Arbeitsweise widerspiegeln. Wir brauchen die Veränderung der CDU von der Organisationspartei hin zur Kommunikationspartei. Dazu notwendig ist eine Repolitisierung der Partei.

Zu selten beschäftigen wir unsere Parteibasis mit übergeordneten Themen. Dies wäre aber wichtig, um für politische Kontroversen besser vorbereitet zu sein.

Die Partei muß stärker auf allen Ebenen in der Lage sein, breit angelegt und auf hohem Informationsstand, mit hoher Kompetenz wichtige Fragen auch von überregionaler Bedeutung zu diskutieren. Dazu gehört eine Intensivierung von Schulung und Information, dazu gehört die verstärkte Hinzunahme des Sachverständigen von außen, eine optimale Nutzung der neuen Telekommunikationsmöglichkeiten und auch die Konzentrationen auf wenige Arbeitsschwerpunkte.

Die Repolitisierung der CDU und die Wandlung hin zur Kommunikationspartei heißt auch, daß wir die Elemente direkter

Alarmierende Entwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung

Die Leistungsausgaben der Krankenkassen sind in den alten Bundesländern in den ersten sechs Monaten 1995 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,4 Prozent gestiegen. Demgegenüber haben die beitragspflichtigen Einnahmen nur um 0,7 Prozent zugenommen.

In den neuen Ländern klafft die Schere zwischen Ausgaben- (12,5 Prozent) und Einnahmewuchs (1,8 Prozent) noch weiter auseinander. Im Gegensatz zu den Überschüssen in den Jahren 1993 und 1994 haben die Krankenkassen im 1. Halbjahr 1995 ein Defizit von rund

5,4 Mrd. DM aufzuweisen, davon rund 4,2 Mrd. DM in den alten und rund 1,2 Mrd. DM in den neuen Ländern.

Angesichts dieser dramatischen Finanzentwicklung forderte Bundesminister Horst Seehofer anlässlich der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag am 7. September alle Beteiligten zum Handeln auf.

Bis Ende des Jahres muß der Gesetzentwurf zur dritten Stufe der Reform des Gesundheitswesens vorliegen.

(Auszüge aus der Rede des Bundesgesundheitsministers im nächsten UId)

Mitwirkung unserer Mitglieder weiter stärken werden. Die Mitgliederbefragung zur Ermittlung des Spitzenkandidaten war dafür ein gutes Beispiel. Das heißt auch, daß wir uns bei den anstehenden Entscheidungen der Bundespartei auf dem Parteitag im Oktober in Karlsruhe vehement für solche Reformen einsetzen werden. Das gilt genauso für die stärkere Mitwirkungsmöglichkeit von Frauen in der CDU.

Das Bild einer modernen CDU darf sich aber nicht nur in Parteistrukturen widerspiegeln, sondern muß vor allen Dingen auch über Themen erreicht werden. Wenn die CDU das Projekt für das nächste Jahrtausend sein will, dürfen wir Rot-Grün das Thema Zukunft nicht überlassen.

Dem rot-grünen Zukunftspessimismus stellen wir Optimismus, ein Ja zum Risiko und mehr Zutrauen zu den Menschen entgegen. Wir werden die Chancen von Innovation und Forschung betonen, deutlich machen, daß Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sind. ■

Stützpfeiler umsetzen

Zum Positionspapier des Gewerkschaftsrates der SPD erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Es ist bedauerlich, daß sich der DGB als Hilfstruppe einer konzeptionslosen SPD aufführt. Das Thema „Arbeit“ ist zu wichtig, um parteipolitisch instrumentalisiert zu werden. Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft nimmt bei solchem Gekungele Schaden.

Immerhin ist festzustellen, daß sich DGB-Chef Dieter Schulte erstmals zur Umgestaltung des Sozialstaates bekennt. Wenn der DGB wirklich helfen will, sollte er als erstes Herrn Scharping davon abbringen, notwendige Reformschritte über den Bundesrat zu blockieren. Wir können das soziale Netz nur sichern, wenn wir auch bereit sind, einzelne Stützpfeiler umzusetzen.

Die CDU ist für den Wechsel am 24. März 1996 gerüstet

Als wichtigstes Wahldatum vor der nächsten Bundestagswahl hat der CDU-Bundesvorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl den 24. März 1996 bezeichnet. Dann werden in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die neuen Landtage gewählt.

Die CDU Schleswig-Holstein hat jetzt auf einem Landesparteitag in Eckernförde die personellen Weichen für die Landtagswahl gestellt. Mit 91,3 Prozent der Stimmen wählten die Delegierten den Landesvorsitzenden und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Ottfried Hennig, auf Vorschlag seines Stellvertreters Peter Kurt Würzbach zum Spitzenkandidaten und damit zum Herausforderer der SPD-Ministerpräsidentin Heide Simonis.

Unter dem Parteitagmotto „Wechsel '96“ wurde für die Beobachter des Parteitages schnell deutlich, daß die CDU Schleswig-Holstein zu ihrer alten Kraft und Stärke zurückgefunden hat. Daß sich die Landesregierung bei ihrem Wahlkampf, dessen Vorbereitungen auf vollen Touren laufen, auf den Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl verlassen kann, wurde in seiner Parteitagsrede deutlich. Fünf Termine in der heißen Wahlkampfphase hat der Bundeskanzler schon jetzt fest zugesagt.

Landesvorsitzender Ottfried Hennig machte in seiner kämpferischen und immer wieder von Beifall unterbrochenen Rede deutlich, daß es am 24. März 1996 für Schleswig-Holstein um eine Richtungsentscheidung für die letzten vier Jahre dieses Jahrtausends geht. „Die Bürgerinnen und Bürger stehen vor der Wahl zwischen der abgewirtschafteten SPD, die bis heute den Wahlbetrug von 1987/88 nicht aufgearbeitet hat und schon jetzt auf

einen grünen Bündnispartner schießt, oder einer Politik der Mitte, die wieder Vertrauen schafft, Probleme anpackt, sie löst, und Zukunft ins Land holt“, sagte Ottfried Hennig.

Nachdem die FDP Schleswig-Holstein in ihrer Spitze eine einmütige Koalitionsaussage zugunsten der CDU gemacht habe, sei die Chance für den Regierungswechsel in Schleswig-Holstein weiter gewachsen.

Die CDU-Landtagsfraktion habe nach der Wahl von 1992 nicht resigniert, sondern kontinuierlich und beharrlich die Voraussetzungen für den Regierungswechsel im

**Den Bürgern
deutlich machen, daß
Schleswig-Holstein
eine neue Mehrheit braucht**

kommenden Jahr geschaffen. Es sei jetzt – nach acht roten Filzjahren – höchste Zeit für eine neue Politik in Schleswig-Holstein. Es blieben jetzt bis zum Wahltag noch 204 Tage. In dieser Zeit wolle die CDU den Bürgern deutlich machen, daß Schleswig-Holstein eine Mehrheit im Landtag brauche, die den Kompaß des Landes auf Innovation und Fortschritt ausrichte. Schleswig-Holstein brauche eine neue Aufbruchstimmung, während die Sozialdemokraten versuchten in den Bunkern der eigenen Mutlosigkeit zu überwindern.

Hennig rechnete schonungslos auch mit dem Bild ab, daß von der Ministerpräsidentin in der Öffentlichkeit entstanden sei. Frau Simonis sei keine Sparkommissarin,

weil in ihrer Verantwortung als Finanzministerin und Ministerpräsidentin, die Schulden Schleswig-Holsteins um 8,5 Milliarden und damit um 49,1 Prozent gestiegen seien. Auch das Bild, daß Frau Siomonis in Schleswig-Holstein den „schlanken Staat“ schaffe, entspreche nicht der Wirklichkeit. Unter ihrer Verantwortung seien seit 1988 in Schleswig-Holstein allein in der Spitze der Ministerialbürokratie 432 neue Stellen geschaffen worden.

SPD personell ausgelaut

Auch die wirtschaftliche Kompetenz der Ministerpräsidentin müsse in Frage gestellt werden, weil sie durch hausgemachte Landeslasten die Unternehmen und die Betriebe in Schleswig-Holstein stärker belastete, als dies in anderen Bundesländern der Fall ist.

Ottfried Hennig ließ keinen Zweifel daran, daß die CDU für den Wechsel am 24. März 1996 gerüstet sei. Das Regierungsprogramm sei ein Programm-Entwurf mit Ecken und Kanten, er stelle Innovation und Kreativität in den Mittelpunkt und stehe für eine neue Aufbruchstimmung, die Schleswig-Holstein dringend brauche.

Demgegenüber sei die SPD in Schleswig-Holstein zutiefst zerstritten, was sich in der Abwahl des bisherigen Fraktionsvorsitzenden Börnsen in seinem Wahlkreis am deutlichsten zeige. Die Regierungspartei in Schleswig-Holstein sei nach acht Jahren personell ausgelaut und habe politisch abgewirtschaftet. Der Wechsel in Schleswig-Holstein sei möglich und die CDU bereite sich darauf mit harter Arbeit vor. „Machen Sie alle mit, mit ganzer Kraft, mit völliger Solidarität und mit letzter Entschlossenheit. Dann packen wir es. Ich spüre es, ich weiß es, und ich will es!“ schloß Ottfried Hennig seine Parteitagrede. ■

Kommentar

Kein Leichtgewicht

Die schleswig-holsteinische CDU hat am Sonnabend auf ihrem Listenparteitag in Eckernförde keinen Zweifel daran gelassen, daß sie den Wechsel im Lande will. Und die Partei zeigt sich in einer Verfassung, die dem politischen Gegner das klare Signal setzt: Die ehemals von der Barschel-Affäre gebeutelte und zerzauste CDU ist heute alles andere als ein landespolitisches Leichtgewicht.

F.D.P. an der Seite der CDU

Zusätzlicher Rückenwind kommt von einem starken CDU-Kanzler aus Bonn und von einer SPD, die mit ihrer Zerstrittenheit auf Landes- und Bundesebene fast aktive Wahlkampfhilfe für die Christdemokraten betreibt. Im Lande stärkt der CDU darüber hinaus die frühe Ankündigung der Liberalen den Rücken, bei der Landtagswahl am 24. März 1996 den Wechsel mit der CDU herbeiführen zu wollen.

„Power“-Wahlkampf

CDU-Landeschef Ottfried Hennig hat in Eckernförde mit einer kämpferischen Rede alle Zweifler eines Besseren belehrt, die ihm nach seiner Krankheit die Kraft für einen „Power“-Wahlkampf nicht zugetraut haben. Die Delegierten honorierten das und setzten Hennig mit einem satten Ergebnis an die Spitze der Partei: 294 von 331 Stimmberechtigten sagten Ja zu Hennig und demonstrierten damit ihre Geschlossenheit.

Flensburger Tageblatt

JU will „Shop around the clock“

Mit dem Slogan „Shop around the clock“ hat die Junge Union Deutschlands eine Großoffensive gegen das „verstaubte deutsche Ladenschlußgesetz“ gestartet. Hierzu erklärten der JU-Bundesvorsitzende Klaus Escher und die wirtschaftspolitische Sprecherin, Karin Kleinschrodt: Deutschland braucht ein neues Ladenschlußgesetz.

Wenn wir auch in Zukunft wettbewerbsfähig sein wollen, muß der Einzelhandel endlich flexibel werden und sich von seiner heiligen Kuh Ladenschluß verabschieden. Wir fordern die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen auf, die Scheuklappen abzulegen!

Der berufstätige Kunde kann nicht König sein, wenn er vor verschlossenen Ladentüren steht und sich sein Abendbrot in der Tankstelle kaufen muß. In den Griff bekommen wir diese Verzerrung des Wettbewerbs nur mit neuen Ladenschlußzeiten!

Unser Vorschlag: Werktags sollen Geschäfte ab 6 Uhr uneingeschränkt geöffnet sein, sonnabends und vor Feiertagen allerdings nur bis 18.30 Uhr. Weiterhin sind wir für einen Ladenschluß an Sonn- und Feiertagen.

Eine derartige Liberalisierung des Ladenschlusses stimmt nicht nur den Verbrau-

cher zufrieden, sondern bietet auch attraktive Chancen für den Arbeitsmarkt sowie zusätzlichen Umsatz für den Handel. Skeptiker und Gegner sollten nur einen

Eine Aktion der Jungen Union

Blick ins Ausland werfen: Dort zeigt sich, daß bei einer pfiffigen Arbeitszeitregelung kein Angestellter über Zusatzbelastung klagt.

Die Argumente

● Die Verbraucher sind mit den Einkaufsmöglichkeiten unzufrieden

Die bestehenden Ladenöffnungszeiten sind insbesondere für Berufstätige nicht mehr ausreichend. Der „verkaufsoffene“ Donnerstag hat sich als Erlebnisabend etabliert und sollte daher Nachahmung finden.

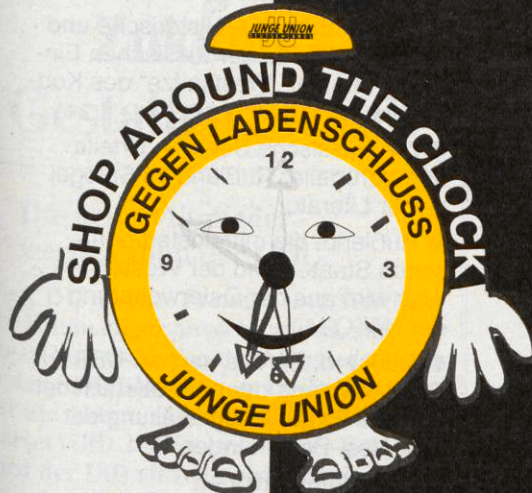
● Die Wettbewerbssituation in Deutschland erfordert schnelles Handeln

Wenn wir auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben wollen, ist ein flexibler Ein-

JU-Material anfordern

CDU- und JU-Kreisverbände können das Material zur „Shop around the clock“-Aktion bei der JU-Bundesgeschäftsstelle (**Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, Telefon: 02 28/31 00 11**) anfordern. Zur Verfü-

gung stehen Plakate für Schaukästen, Aufkleber und Flugblatt-Vorlagen sowie vorgedruckte Postkarten, mit denen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen gesagt wird: „Ja, auch ich bin für „Shop around the clock“. Ich möchte rund um die Uhr einkaufen können.“



Weitere Infos erhalten Sie bei der Jungen Union Deutschlands · Annaberger Straße 253 · 53175 Bonn

SHOP AROUND THE CLOCK

- **Die Verbraucher sind mit den Einkaufsmöglichkeiten unzufrieden**
Die bestehenden Ladenöffnungszeiten sind insbesondere für Berufstätige nicht mehr ausreichend. Der „verkaufsoffene“ Donnerstag hat sich als Erlebnisabend etabliert und sollte daher Nachahmung finden.
- **Die Wettbewerbssituation in Deutschland erfordert schnelles Handeln**
- **Schaffung attraktiver Jobs im Einzelhandel**
- **Die Wettbewerbsverzerrung muß ein Ende haben**
- **Chancen für „Tante-Emma-Läden“**
- **Große Attraktivität für unsere Innenstädte**

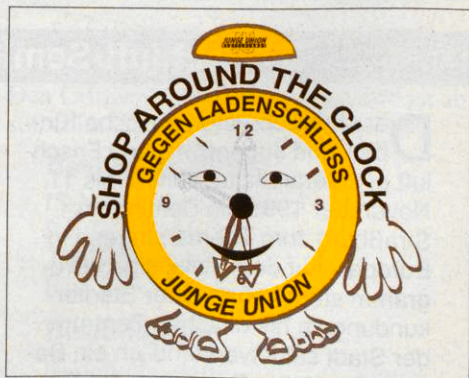
Illustration: Peter Schmitt/Studio Schmitt

satz der Arbeitskräfte und eine flexible Gestaltung der Arbeitszeiten, auch im Einzelhandel, unumgänglich. In Industrie, Gastronomie und Pflegediensten usw. ist dies längst unabdingbar.

- **Wettbewerbsverzerrung beenden**
Wegen der Verlagerung des Umsatzes in Tankstellen, Bahnhöfen und Flughäfen muß der Markt die Chance erhalten, sich selbst zu regulieren.
- **Chance für „Tante-Emma-Läden“**
Gerade kleine Läden müssen flexibel auf Kundenwünsche reagieren können. Längere Öffnungszeiten machen sie für viele Verbraucher wieder attraktiver.
- **Attraktive Jobs im Einzelhandel**
Wenn flexible Arbeitszeiten ermöglicht werden, können auch für die Arbeitnehmer im Einzelhandel attraktive Jobs durch Teilzeitmodelle entstehen.

Aufkleber

▲ Plakat



- **Größere Attraktivität für Innenstädte**
Am Abend könnte der Einzelhandel parallel zu anderen Dienstleistungsangeboten (Gaststätten, Kinos, Theater) zur Vitalität der Städte beitragen. ■

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Veranstaltung Nr. 288
Entscheidet sich Europas Zukunft in Moskau?
Der Einfluß Rußlands auf die Europäische Sicherheit
Fachtagung für Kommandeure der Bundeswehr
5. bis 8. November 1995

Veranstaltungsort:
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Wesseling bei Bonn

Hauptthemen:

- Rußland heute – Politik, Wirtschaft, Sicherheit: Unterwegs zu neuer Berechenbarkeit?
- Die Gemeinschaft unabhängiger Staaten – Rußlands Rolle in der GUS und sein politischer, wirtschaftlicher und militärischer Stellenwert
- Rußland auf dem Weg zur Demokratie – Bilanz: Stand, Gefahren und Chancen

● Das ist Europa – Historische und aktuelle Aspekte der russischen Einschätzung der „Westspitze“ des Kontinents

● Die „russische Seele“ – Urteile und Vorurteile: Rußland im Spiegel seiner Literatur

● Rußland, die mittelosteuropäischen Staaten und der Westen – Was wird aus der Osterweiterung der NATO?

● Rußland, Europa und die USA – Die Bedeutung der euro-atlantischen Agenda für die Neugestaltung der Ost-West-Beziehungen

Weitere Informationen und Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax (0 22 36) 7 07-2 30

Frischluff-Seminar in Straßburg

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. veranstaltet vom 9. bis 11. November 1995 ein Seminar in Straßburg zum Thema „Jugend in Europa“. Auf dem vielseitigen Programm steht neben einer Stadterkundung im historischen Zentrum der Stadt selbstverständlich ein Besuchstermin im Europarat, ein Besuch im „European Youth Centre“ sowie ein Besuchstermin im Büro der europaweiten Jugendkampagne des Europarates „alle anders, alle gleich“. Abends ist ein Besuch

im Kulturzentrum „Laiterie“ geplant. Teilnehmen können an diesem Seminar alle Jugendlichen zwischen 16 und 26 Jahren gegen einen Teilnehmerbeitrag von 60 DM für Frischluft-Mitglieder und 65 DM für Nicht-Mitglieder. Die Übernachtung erfolgt im Tagungszentrum CREPS in Straßburg. Weitere Informationen und Anmeldungen sind erhältlich bei:

Frischluff e.V.
Postfach 24 01 16
53154 Bonn
Tel. (02 28) 31 00 23
Fax (02 28) 31 47 03

Politik gestaltet Zukunft – Gestalten Sie mit

Die neue Mitglieder- werbeaktion der CDU

Die CDU möchte Freunde und Wähler der Union enger an sich binden, sie über Gespräche von der Mitgliedschaft in der CDU überzeugen. Deshalb haben wir die Aktion „100.000 Gespräche“ gestartet (UfD 25/95). In lockerer Folge wird der UfD einzelne Schritte der Aktion vorstellen. Diese sind ausführlich im Leitfaden „100.000 Gespräche“ beschrieben.

„100.000 Gespräche“ – machen Sie mit!

Ihre Mitgliederwerbeaktion muß ziel- und erfolgsorientiert angelegt sein. Das heißt: der Erfolg steht und fällt mit der intensiven Begleitung und Durchführung der Aktion. Deshalb haben wir die Aktion in drei Etappen gegliedert:

- Beschaffung von qualitativ guten Adressen
- Dialog mit CDU-Sympathisanten
- Betreuung der Neu-Mitglieder.

Der erste Schritt für eine erfolgreiche Mitgliederwerbeaktion ist die Adressensammlung. Eine gut sortierte Adressenkartei ist Basis für jede Mitgliederwerbeaktion und für viele andere Aktivitäten auf Orts- und Kreisverbandsebene. Beginnen Sie rechtzeitig mit der Adressensammlung.

Der Erfolg der Mitgliederwerbe-Aktion ist abhängig von der Qualität der Adressen.

Unabhängig davon, ob Sie über eine Sympathisantenkartei verfügen, diese ergänzen oder eine neue Kartei anlegen, beachten Sie bitte, daß Sie nur qualitativ gute Adressen aufnehmen und das vorliegende Adreßmaterial auf den aktuellen Stand bringen.

Zur Gewinnung neuer Adressen gibt es unterschiedliche Wege:

- Zielgruppenrecherche
- Umfragen (Straßen-, Hausumfrage)
- Mitgliederbefragung.



Den Leitfaden „100.000 Gespräche“ ist ab sofort im IS-Versandzentrum erhältlich.

Bestellschrift:

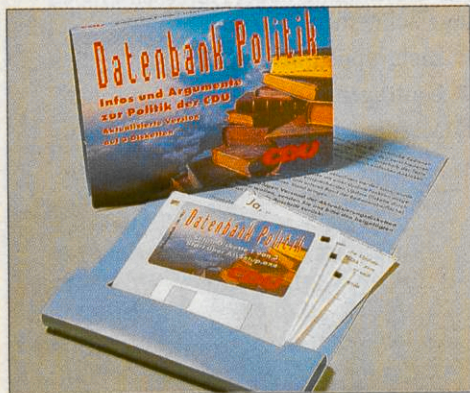
IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Vermold
Fax: 0 54 23/4 15 21

Bestelldaten:

Bestell-Nr.: 6101
Verpackungseinheit: 5 Expl.
Preis je 5 Expl.: 12,- DM
zzgl. MwSt. und Versand.

Alle Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer erhalten in diesen Tagen ein Ansichtsexemplar des Leitfadens. ■

CDU-Software



● Neu! Datenbank Politik jetzt mit Update-Funktion

Datenbank Politik ist ein Informationsprogramm, mit Hilfe dessen Sie schnell die Positionen der CDU zu den verschiedenen Feldern der Politik angezeigt bekommen. Anhand einer bequemen Bedieneroberfläche sowie dem Hypertext-Verfahren können Sie per Maus-Klick die gewünschten Themen aufrufen, ausdrucken oder bei Bedarf auch in der Textverarbeitung weiterbearbeiten.

Zusätzlich wurde die neue Version unserer Datenbank jetzt mit einer Update-Funktion ausgestattet, mit Hilfe derer Sie das Programm regelmäßig auf den neuesten Stand setzen können. Zu diesem Zweck liegt jedem Programm ein Coupon bei, mit dem Sie die Aktualisierungsdisketten bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle abonnieren können.

Bestell-Nr.: 9903

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 9,80 DM

● CDU-Signets auf Diskette

Diese Diskette enthält die wichtigsten Signets der CDU sowie die verschiedener Vereinigungen in komprimierter Form.

Fertig entpackt erhalten Sie so eine breite Auswahl der o. a. Signets in verschiedenen grafischen Formaten.

Mit Hilfe dieser Diskette sind Sie in der Lage, Flugblätter, Anzeigen oder kleinere Layout-Projekte direkt am Bildschirm ohne zusätzlichen Klebeumbruch durch-

JUNGE UNION
DEUTSCHLANDS

CDU

**Senioren
Union**



FU FRAUEN
UNION
DER CDU

zuführen. Sie nehmen z. B. einen Text aus der Datenbank Politik, formatieren diesen zweispaltig, versehen ihn mit einer dicken Überschrift, runden die Seite durch ein entsprechendes CDU-Logo von dieser Diskette ab und erhalten so ein aktuelles Flugblatt.

Bestell-Nr.: 9089

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 5,— DM



● **Kennste Deutschland?**
(Das Computerspiel der CDU)

Kennste Deutschland ist ein lehrreiches und interessantes Spiel für alle über 14 Jahre. In diesem Spiel unternehmen bis zu vier Spieler gleichzeitig eine Informationsreise durch die 16 Bundesländer, während der sie viele Wissensfragen über Deutschland beantworten müssen, um sich das notwendige Reisegeld zu verdienen. Zusätzlich eingebaute Spielelemente gestalten dieses Programm abwechslungsreich und interessant.

Systemvoraussetzungen:
MS-DOS 4.0, VGA-Grafikkarte
Bestell-Nr.: **9849**
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 25,— DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*



● **Diskette „50 Jahre CDU“**

Diese Diskette beinhaltet den Text der „Broschüre 50 Jahre CDU“. Aufgeteilt in sechs verschiedene politische Kapitel, informiert diese Diskette mit vielen Texten und Grafiken über die geistigen Wurzeln, die Errungenschaften sowie die Persönlichkeiten, die die CDU auf ihrem politischen Weg von 1945 – 1995 begleitet haben.

Systemvoraussetzungen:
386er Prozessor
Windows 3.1
Bestell-Nr.: **9091**
Verpackungseinheit: 5 Expl.
Preis je 5 Expl.: 13,50 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax: 0 54 23/4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50,— DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von DM 5,— erhoben.)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN



● **CDU-Fahne**
(Größe 2 x 3 m)

Bestell-Nr.: **0094**
Verpackungseinheit: 1 Stück.
Preis je Fahne: 69,— DM zzgl. MwSt.

UiD

28/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.